Helene Helleckes
Fridays for Future Tübingen

Postkolonialismus und warum wir nicht alle in einem Boot sitzen

Im Zuge der Klimakrise wird oft davon gesprochen, dass wir alle im selben Boot sitzen würden. Dieser Vergleich hinkt gewaltig. Dies hob vor kurzem auch die Sozialwissenschaftlerin Imeh Ituen in einem taz Artikel hervor: „Ich finde, das Bild passt nicht. Es ist doch so, dass die reichen Länder des Nordens die Klimakrise größtenteils verursacht haben, die Hauptleidtragenden leben aber im Globalen Süden. Ich saß neulich auf einem Podium. Dort fiel der Vergleich, wir säßen schon alle in einem Boot, aber das Boot habe halt verschiedene Etagen. Die ganz unten haben schlechtere Chancen, wenn das Boot sinkt. Aber selbst dieses Boot kann ich mir nicht vorstellen. Wie viele Stockwerke soll das denn haben? Nein, das Bild passt nicht, auf dieser Welt sitzen nicht alle im selben Boot".[1]

Doch was bedeutet das? Von der Klimakrise sind zunächst einmal nicht alle Menschen gleich stark betroffen. Das lässt sich gut erklären, wenn man sich anschaut, wer zu den Verursacher*innen und wer zu den Betroffenen der Klimakrise gehört. Die Gesellschaften im Globalen Norden haben hauptsächlich durch ihre Treibhausgasemissionen zur Erderhitzung beigetragen. Die stärksten Auswirkungen zeigen sich bisher vor allem aber im Globaler Süden, der klimatisch stärker von Dürren, Trockenzeiten und Extremwetterereignissen betroffen ist. Dort treten kurzfristige Extremwetter wie Überschwemmungen oder Stürme, in denen jeweils Menschen sterben, häufiger auf. Auch durch langfristige Folgen der Klimakrise wie Dürren und Ernteausfälle sind jeden Tag Menschen bedroht. So sind derzeit 45 Millionen Menschen in Ländern des südlichen Afrikas z. B. Simbabwe, Sambia, Mosambik, Madagaskar und Swasiland von Unterernährung bedroht.[2] Dies zeigt, dass es keine faire Balance zwischen jenen gibt, die Verursachende sind, und jenen, die Opfer der Krise werden.

Es reicht allerdings nicht über die historisch gewachsenen ungleichen Emissionen zu sprechen. Ebenso müssen wir die Ursache dafür in den Blick nehmen. Im Zuge des Kolonialismus wurden Gebiete beansprucht und die in ihnen lebenden Menschen enteignet, ausgebeutet und/oder vertrieben. So wurden auf gewaltvolle Weise über Jahrzehnte hinweg Ressourcen und die unbezahlte Arbeitskraft versklavter und unterdrückter Menschen ausgebeutet. Während früher die Länder des Globalen Nordens mit direkter Gewalt ihre Ziele durchgesetzt haben, ist es heute eher die indirekte Gewalt, nämlich Geld in Form von geringer Entlohnung durch die Menschen unterdrückt werden. So sind digitale Geräte nur deshalb so günstig, weil die dafür benötigten seltenen Erden in Ländern wie der Demokratischen Republik Kongo unter menschenunwürdigen Bedingungen und gegen sehr geringen Lohn abgebaut werden. Außerdem koppeln viele Länder des Globalen Nordens ihre finanziellen Zuschüsse, sogenannte "Entwicklungshilfen", an politische Forderungen, um ihre Ziele zu erreichen oder sich günstige wirtschaftliche Konditionen zu sichern. So fördert der französisch-staatliche Industriekonzern Orano beispielsweise bis heute aus dem Niger Uran zu einem Drittel der üblichen Preise.[3] Die ehemals koloniale Ausbeutung setzt sich also bis heute in den postkolonialen Ländern fort.

Auch schon im Kolonialismus wurden Ressourcen wie Erdöl, Gas, Kohle und Baumwolle aus Ländern des globalen Südens in extremen Ausmaßen angehäuft. Kapital und Ressourcen konnten nur auf dem Rücken anderer Gesellschaften angehäuft werden. Das hat wiederum die sogenannte Industrialisierung möglich gemacht. Die Industrialisierung trug zur Bildung, Entwicklung und Ausbreitung des Kapitalismus bei. Im Kapitalismus ist das Ziel die stetige Vermehrung von Kapital. Der Kolonialismus war also durch die Anhäufung von Ressourcen Motor für die Industrialisierung und Basis für den Kapitalismus. Das macht ihn zum Auslöser der Klimakrise, von der die Gesellschaften des globalen Südens besonders stark betroffen sind. Gleichzeitig sind gerade die Länder, die in der Folge der Ausbeutung durchschnittlich finanziell und infrastrukturell schwächer sind, stärker betroffen von den Folgen der Klimakrise. Das liegt daran, dass sie sich nicht genug auf bevorstehende Katastrophen vorbereiten können.[4] Beispielsweise fehlen in Ländern des Globalen Südens oder ehemals kolonialisierten Ländern Mittel, um Häuser vor Stürmen oder Überschwemmungen zu schützen. Das bedeutet, dass die Menschen den Folgen der Klimakrise doppelt schwerer ausgesetzt sind: durch weniger finanzielle Mittel und durch ihre geographische Lage.

Klimaschuld – Die Verantwortung des Globalen Norden

Die Klimabewegung muss die Klimaschuld des Globalen Nordens verstehen, artikulieren und mitdenken, um diese Ungerechtigkeiten bekämpfen zu können. Denn zu oft erkennen Länder des Globalen Nordens ihre koloniale Schuld und die daraus entstehende Verantwortung nicht an. Dies zeigt sich daran, dass beispielsweise Deutschland bis heute keine Entschädigungen für die von ihnen begangenen Genozide an den Herero und Nama im heutigen Namibia gezahlt oder diese überhaupt anerkannt hat.[5]

Die Tatenlosigkeit der EU im Umgang mit den anwachsenden Migrationsbewegungen zeigt zudem, dass es kein Bewusstsein dafür gibt, in welcher historischen und gegenwärtigen Verantwortung der Globale Norden steht. So sind in der ersten Jahreshälfte von 2020 340 Menschen im Mittelmeer gestorben oder als ‚vermisst' gemeldet worden. Das zeigt, dass der Globale Norden nicht nur historischer Ausbeutungen und Verbrechen schuldig ist, sondern der eigene Wohlstand bis in die Gegenwart auf dem Rücken anderer ausgetragen wird.[6]

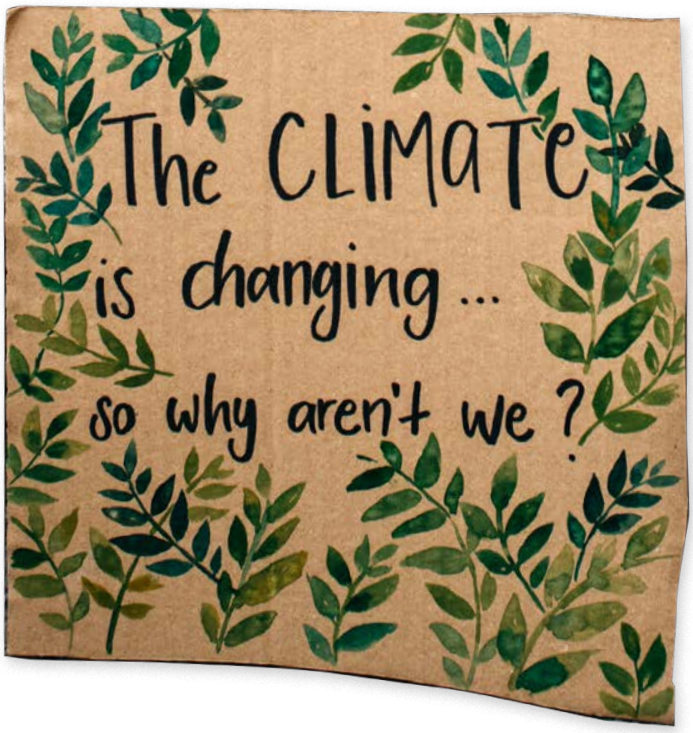
Denn zu den Ursachen für die zunehmenden Migrationsbewegungen zählt auch die Ausbeutung von Rohstoffen und Menschen durch die Länder des Globalen Nordens. Auch die Klimakrise selbst ist für die am stärksten betroffenen Menschen und Gegenden (*Most Affected People and Areas,* MAPA) eine existenzielle Bedrohung und verschärft darüber hinaus bestehende Konflikte gravierend. So flohen beispielsweise ab dem Jahr 2006 tausende Menschen im Zuge einer Dürreperiode in Syrien vom Land in die Städte, da es zahlreiche Missernten gegeben hatte. In den Städten fanden aber viele Menschen keine neue Arbeit, was in den Augen vieler Wissenschaftler*innen dazu beigetragen haben könnte, dass die Lage sich weiter anspannte und in den Protesten im März 2011 endete. Die Proteste werden als Beginn des Konfliktes gesehen, der sich zum Bürgerkrieg entwickelt hat und in dessen Folge 5,7 Millionen Menschen aus Syrien geflohen sind.[7]

Dieses Beispiel zeigt wie stark die Klimakrise und gesellschaftliche Herausforderungen wie die weltweiten Fluchtbewegungen zusammenhängen und in globalen Verhältnissen verwurzelt sind, die von Ausbeutung und Machtungleichheiten geprägt sind.

Die Klimabewegung hat deshalb umso dringender die Pflicht, sich KLIMAGERECHTIGKEIT und nicht Klimaschutz zum Ziel zu setzen. MAPAs müssen für die an ihnen begangenen Verbrechen entschädigt werden und die Unterstützung bekommen, die sie selbst fordern. Denn der sogenannte Globale Süden hat eigene Stimmen, denen zugehört werden muss! *Weiße* Aktivist*innen müssen sich zudem in Anbetracht der vielen Ungerechtigkeiten immer wieder bewusst machen, dass der Kampf für Klimagerechtigkeit eine Verantwortung ist, aber in Deutschland beispielsweise nur für jene Privilegierten möglich ist, die es sich leisten können zu protestieren. Viele Menschen haben außerdem nicht die Wahl, sich gegen die Klimakrise einzusetzen, da diese für sie bereits eine existenzielle Bedrohung ist. Andererseits stellt die Klimakrise für viele in der deutschen Klimabewegung vor allem eine zukünftige Bedrohung dar. Zum anderen gibt es Menschen, denen ein umweltbewusstes Leben oder ein Engagement in der Klimabewegung nicht möglich ist, da sie keine Ressourcen dafür haben. Gleichzeitig haben nicht alle gleiche Zugänge zur Klimabewegung und Klimapolitik und sind unterschiedlich gut oder schlecht repräsentiert. Um ihrer eigenen Verantwortung gerecht zu werden, könnten westliche *Fridays for Future*-Gruppen beispielsweise die eigenen Mittel und Ressourcen teilen, und sich so solidarisch zeigen.

Wir sehen, dass POSTKOLONIALISMUS ein historisches Ereignis und „Phänomen" und Ursache für heutige Machtungleichheiten ist, eine Art der Ausbeutung beschreibt, aber auch die globalen Verhältnisse von Ländern. Gleichzeitig hängen diese Ebenen auch zusammen und bedingen sich gegenseitig. Die Zusammenhänge zwischen diesen vielen Ebenen fasst der Wissenschaftler Walter Mignolo deshalb mit dem Begriff *Coloniality* zusammen. Damit beschreibt er eine koloniale Art zu denken, die sich in Rassismus, Sexismus und der Beschaffenheit von Wissen widerspiegelt und sich in politischer und ökonomischer imperialer Kontrolle ausdrückt. Diese Art des Denkens, die *Coloniality*, gilt es zu dekolonisieren. Der Begriff macht damit deutlich, wie viele unterschiedliche Ebenen bis heute von Postkolonialismus durchzogen sind.[8]

Das System, in dem wir leben, formt unsere Art zu denken und zu handeln. Und damit Wirtschaft und Politik. In einem solchen postkolonialen System wird die Ausbeutung anderer und die ständige Profitmaximierung nicht aufhören. In einem solchen System ist ein nachhaltiges, solidarisches (Konsum-)Verhalten sehr herausfordernd und nur begrenzt bis gar nicht möglich. Es ist deshalb wichtig, dass Bewegungen wie FFF nicht nur die Verantwortung von Individuen, sondern die systemischen Faktoren thematisieren. „Das reichste 1 Prozent (63 Millionen Menschen) hat zwischen 1990 und 2015 mehr als doppelt so viel klimaschädliches CO_2 ausgestoßen als die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung zusammen".[9] Konsum und Wohlstand schaden Mitmenschen und Umwelt. Diese Statistik und der Postkolonialismus zeigen deutlich, dass die Klimakrise auf historisch gewachsenen Machtgefälle basiert und der Klimakrise nur begegnet werden kann, wenn diese aufgebrochen werden.



Wie geht es weiter?

Die Klimabewegung in Ländern des Globalen Nordens muss Vorschlägen von MAPA zuhören und selbst Ideen entwickeln, wie die gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortungen konstruktiv umgesetzt werden können.

So könnte sich die globale Klimabewegung noch besser vernetzen und Gruppen im Globalen Norden verstärkt ihre Ressourcen mit Gruppen im Globalen Süden teilen, um dort ebenfalls bessere Vernetzung zu ermöglichen. Organisationen wie *Fridays for Future Deutschland* müssen mehr Bildungsarbeit über postkoloniale Zusammenhänge leisten und antirassistische, solidarische Strukturen in ihren Gruppen institutionalisieren. Genauso gilt dies natürlich auch für Politiker*innen!

Es muss die Priorität der Klimabewegung sein darüber mehr zu sprechen und globale Machtungleichheiten zum Thema zu machen. Koloniale und rassistische Machthierarchien innerhalb von Bewegungen, Gesellschaften, Institutionen und Politik müssen für diese Auseinandersetzung aufgearbeitet werden. Nur so ist eine gesellschaftliche Dekolonialisierung möglich. Dazu zählt: den Betroffenen der Klimakrise zuzuhören, welche Lösungen und Probleme sie sehen, Machstrukturen und Privilegien zu erkennen und deren Reproduktion zu verstehen.

Wer also unbedingt bei der Boot-Metapher bleiben möchte, muss sich bewusst sein: In dem Boot, in dem die Menschheit sitzt, steht das Wasser ziemlich hoch. Vor allem aber gibt es zahlreiche Menschen, die schon lange nicht mehr im Boot sitzen, sondern schwimmen müssen. Viele andere sind bereits wortwörtlich ertrunken. ◂

1 https://taz.de/Forscherin-ueber-Klimakrise-und-Rassismus/!5701838/ (letzter Zugriff 02.10.2020).

2 https://www.tagesschau.de/ausland. h.nger-afrika-un-101.html (letzter Zugriff 03.10.2020).

3 https://www.deutschlandfunk.de/der-westafrikanische-franc-frankreich-und-der-unsichtbare.724.de.html?dram:article_id=436556 (letzter Zugriff am 04.10.2020).

4 https://www.germanwatch.org/es/node/18535 (letzter Zugriff am 03.10.2020).

5 https://www.dw.com/de/koloniale-vergangenheit-holt-deutschland-ein/a-54719341 (letzter Zugriff 01.10.2020).

6 https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/hilfe-weltweit/mittelmeer/ (letzter Zugriff 01.10.2020).

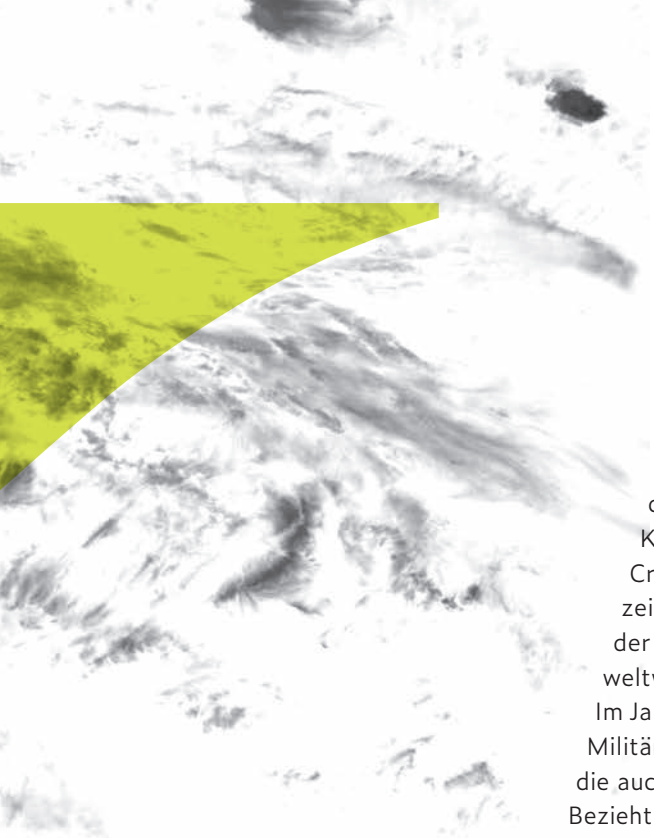
7 https://www.fluter.de/was-sind-klimafluechtlinge (letzter Zugriff 03.10.2020).

8 Mignolo, Walter. 2018. What does it mean to Decolonize? In: Mignolo, Walter, und Catherine E Walsh. On Decoloniality: Concepts, Analytics, and Praxis. Durham: Duke Univeristy Press. S. 105-134.

9 https://www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/klimawandel-ungleichheit-reichste-1-prozent-schaedigt-klima-doppelt-so-stark (letzter Zugriff 01.10.2020).

Jacqueline Andres
Informationsstelle Militarisierung

Krieg und Klima



Krieg zerstört Mensch und Umwelt, daher ist es nicht verwunderlich, dass die Militärapparate weltweit einen erheblichen Einfluss auf den Klimawandel haben. Erst letztes Jahr sorgte die Studie von Neta Crawford von der Boston University für Schlagzeilen, denn diese zeigte auf, dass das US-amerikanische Verteidigungsministerium der größte institutionelle Verbraucher von fossilen Brennstoffen weltweit ist.

Im Jahr 2017 lagen die Treibhausgasemissionen der Einsätze des US-Militärs bei 59 Millionen Tonnen CO_2 und damit etwa bei der Menge, die auch die Industriestaaten Schweden und Dänemark freisetzten[1] Bezieht man jedoch die dazu erforderliche Militärindustrie und die durch sie verursachten Treibhausgasemissionen mit ein, so lagen diese im Zeitraum von 2011 bis 2017 bei durchschnittlich stolzen 153 Millionen Tonnen CO_2 pro Jahr.[2]

Tatsächlich ist es schwer, offizielle Zahlen der militärisch verursachten CO_2-Emissionen zu finden, denn solche Erhebungen werden meistens nicht gemacht. Auf Drängen des US-amerikanischen Verhandlungsteams wurden die Kraftstoffe aus den im Kyoto-Protokoll verpflichtenden Berichten ausgeklammert, die vom jeweiligen Militär bei UN-Einsätzen außerhalb der eigenen Landesgrenzen verbraucht werden. Die Emissionen müssen damit weder dokumentiert noch gemeldet werden. Im Übereinkommen von Paris, das 2015 verabschiedet wurde, taucht der Begriff „Militär" nicht ein einziges Mal auf.[3] Immerhin wird die Bundeswehr einmal im Klimaschutzbericht der Bundesregierung 2018 genannt, jedoch mit den Worten: „Die Emissionen der militärisch genutzten Fahrzeuge bleiben [...] unberücksichtigt."[4] Auch im Klimapaket kommt die Bundeswehr nicht vor, obwohl diese „den überwiegenden Teil aller CO_2-Emissionen von Bundes-Institutionen (geschätzt auf ca. 60 %)"[5] verursacht. Doch auch wenn es keine öffentlichen, umfassenden Messwerte zu den Emissionen der Bundeswehr und anderer Militärapparate gibt, so ist eines klar: Die Emissionen sind enorm. Nicht nur die Luftschläge, sondern auch die ständig laufende Kriegseinübung, die Errichtung und die logistische Versorgung der Militärstützpunkte sowie die mit dem Militär zusammenhängende Rüstungsproduktion setzen täglich massenweise Treibhausgase frei. Abgesehen davon digitalisiert die Bundeswehr ihr Gefechtsfeld – d. h. immer mehr Energie wird verbraucht, um die steigende Zahl an technischen Gerätschaften, mit denen Soldat*innen hantieren, am Laufen zu halten.

Militärübungen

Eine tägliche Militäraktivität ist die Einübung des Krieges. So müssen Pilot*innen der Luftwaffe vor ihrem ersten Einsatz eine gewisse Anzahl an Flugstunden absolvieren und Soldat*innen müssen lernen, mit Panzern zu fahren oder Schiffe zu steuern. Diese militärischen Großgeräte verbrauchen weitaus mehr als zivile Fahrzeuge. Ein Kampfpanzer des Typs Leopard 2 verbraucht im Gelände rund 530 Liter Diesel auf 100 km. Ähnlich sieht es mit weiteren Panzern aus: Der Schützenpanzer Marder liegt bei 400l / 100 km im Gelände und der Minenräumpanzer Keiler bei stolzen 580l/100km.[6] Ein Kampfjet des Typs Eurofighter verbraucht pro Flugstunde 3.500 kg Treibstoff[7] – alleine im Jahr 2018 verbrachten die Eurofighter der Bundeswehr mindestens 10.480 Stunden in der Luft und verursachten damit etwa 115.280 Tonnen CO_2. Mehr als 9 Millionen Bäume bräuchte es, um diese Mengen an CO_2 zu speichern.[8]

Abgesehen von den zahlreichen Kampfjets, verfügt die Luftwaffe auch über Hubschrauber mit hohem Verbrauch: Ein Transporthubschrauber des Typs NH90 hat einen Flugbetriebsstoffverbrauch von rund 550l pro Stunde und ein mittlerer Transporthubschrauber THS CH-53 einen von rund 1.100l pro Stunde.[9] Das Kriegsschiff Bayern, eine sogenannte Fregatte, legte zwischen den Jahren 1996 und 2010 rund 350.000 Seemeilen zurück. Laut dem damals abdankenden Kommandanten Jens Schwarter, habe sie somit „den Äquator sechzehnmal umrundet". Was das für den Treibstoffverbrauch bedeutet, erklärte er auch: „Dabei wurden 43.000t Dieselkraftstoff verbraucht. Legt man bei einem Münchner Taxi eine Laufleistung von 400.000 km zu Grunde, könnte man mit diesem Verbrauch 1000 Mercedes C-Klasse PKW über ihre Lebensdauer betanken."[10] Stolze 6.600l Kraftstoff verbraucht die Fregatte, um 100km zurückzulegen. Wenn eine der acht Fregatten der Bundesmarine im Hafen liegt, nutzt sie den sogenannten Landstrom – und zwar zwischen 4.500 kWh und 23.000 kWh pro Tag.[11] Der durchschnittliche Jahresstromverbrauch einer in Deutschland lebenden Person liegt bei etwa 1.300-2.500 kWh. Die Emissionen, die durch dieses tagtägliche Einüben von Krieg entstehen, sind enorm und ungezählt.

Abgesehen davon laufen Militärübungen häufig schief und verursachen dadurch noch mehr Emissionen.

Abgesehen davon laufen Militärübungen häufig schief und verursachen dadurch noch mehr Emissionen. Eines der bekanntesten Beispiele hierfür dürfte der für mehr als vier Wochen währende Moorbrand bei Meppen im Jahr 2018 sein. In diesem Jahr herrschte akute Waldbrandgefahr und es wurde öffentlich davon abgeraten, im Wald zu rauchen geschweige denn ein Feuer zu machen. Trotz dieses heißen Wetters führte die Bundeswehr eine Raketenübung durch, d. h. die Luftwaffe schoss von einem Helikopter eine Rakete Richtung Boden. Dabei geriet das Moorgebiet in Brand, was besonders gravierend für das Klima ist, denn Moore binden große Mengen Kohlenstoff. Der Naturschutzbund (NABU) schätze, etwa 500.000 Tonnen CO_2 wurden somit freigesetzt. Laut dem NDR entspricht dies der Menge CO_2, die durch 50.000 Einwohner*innen der Bundesrepublik innerhalb eines gesamten Jahres entsteht.[12] Immer wieder lösen sogenannte Luft-Boden-Übungen, bei denen Luftschläge geübt werden, Brände aus. Im Jahr 2014 verursachte die Bundeswehr mit einer solchen Übung einen 26 Hektar großen Waldbrand auf Sardinien – dieser Brand wiederum ließ die Wut und den Widerstand der bis dahin ruhiger gewordene anti-militaristischen Bewegung der Insel neu entflammen, welche seither wieder vermehrt von sich hören macht.[13] Solche Übungen sind vielzählig und finden auch auf multinationaler Ebene statt: So führte die größte Militärallianz der Welt, die North Atlantic Treaty Organization (NATO) im Jahr 2019 insgesamt 102 gemeinsame Militärübungen durch und ihre Mitgliedsstaaten absolvierten weitere 208 Übungen in einem nationalen oder multinationalen Rahmen.[14] Nicht selten laufen diese großen Übungen auf klimaschädliche Machtdemonstrationen hinaus, die als militaristisches Säbelrasseln auch schwerwiegende politische Folgen haben können.

Kriegsausübung

Es gibt nichts zerstörerischeres und umweltschädlicheres als Krieg: Abgesehen von dem enormen Kraftstoffverbrauch der eingesetzten Kriegsgeräte, hinterlassen Kriege ökologische Langzeitschäden für Mensch und Natur. Die Wucht einer Rakete, die auf den Boden trifft, ist enorm. Es treten Schadstoffe in den Boden, in die Luft und nicht selten ins Grundwasser. Was zerstört wird, muss irgendwann wieder aufgebaut werden. Nicht selten werden Fabriken getroffen: Im Jahr 1999 bombardierte die NATO die nahe von Belgrad gelegene Raffinerie NIS, die Kunststofffabrik HIPetrohemija und die Düngemittelfabrik HIP Azotara. Wochenlang brannte der leicht entzündliche Treibstoff und verschmutze die Luft und den Boden langfristig.

Die umweltschädlichen Luftschläge hören nicht auf. Seit 2015 herrscht Krieg in Jemen. Die von Saudi-Arabien geführte Militärkoalition führte bis April 2020 zwischen 20.934 und 59.641 Luftschläge aus[15] und die Zahl der Bombardierungen stieg im Laufe der letzten Monate trotz der globalen Gesundheitskrise wieder an.[16] Auch in diesem Krieg werden neben Krankenhäusern, Schulen, Getreidespeichern, Häfen, Märkten, Hochzeiten und Trauerfeiern auch zahlreiche Fabriken getroffen – auch aus dem Nahrungsmittelsektor. Dies ist in Jemen angesichts der dortigen desolaten Nahrungsmittelversorgung und der Hungerkatastrophe umso gravierender.

Unvergessen dürften auch die Bilder aus dem Golfkrieg 1991 sein, als monatelang rund 600 Ölfelder brannten, wodurch rund 300 Millionen Tonnen CO_2 freigesetzt wurden. Zusätzlich gelangten 60 Millionen Barrel Erdöl (etwa 9.539.238.000l) in den Boden und verschmutzten das Grundwasser und mindestens 6 Millionen Barrel flossen mit verheerenden Folgen in den Persischen Golf.[17]

Abgesehen von Raketen und Bomben, nutzen verschiedene Militärapparate auch chemische Kampfstoffe, die jetzt zum Großteil international geächtet sind. So zum Beispiel das berüchtigte Entlaubungsmittel Agent Orange: Während des Vietnamkrieges, bzw. zwischen 1962 und 1971, sprühten US-Soldat*innen etwa 72 Millionen Liter des toxischen Agent Orange und anderer Herbizide auf eine Fläche von 1,5 Millionen Hektar. Die Wälder sollten entlaubt werden, um die zum Feind erkorene Nationale Front für die Befreiung Südvietnams aufzuspüren und ihre Nahrungsgrundlage zu zerstören.[18] Ganze Ernten wurden vernichtet, was die gesamte Bevölkerung traf. Bilder aus der Zeit zeigen Baumstümpfe, die wie zerschlagen aus dem Boden ragen und kahle Landschaften. 36 % der Mangrovenwälder Südvietnams wurden dabei zerstört – dabei sind es gerade Mangrovenwälder, die jetzt mit dem menschenverursachten Steigen des Meeresspiegels dringend benötigt werden. Bis heute sind die Böden und Gewässer verseucht und der Schadstoff Dioxin TCDD gelangt noch immer in die Nahrungskette. Schätzungsweise eine bis drei Millionen Menschen leiden unter den gesundheitlichen Folgen, heute bereits in der dritten Nachkriegsgeneration. Das krebserregende Dioxin verursacht rund einhundert Krankheiten (u. a. Diabetes, Parkinson und Immunschwächen) und schädigt das Erbgut – dies führt u. a. zu fehlenden Gliedern und Gaumenspalten bei Neugeborenen.[19]

Oftmals führen Kriegseinsätze auch dazu, dass die Abholzung der lokalen Wälder beschleunigt wird – einerseits werden sie von Menschen, deren Häuser und Lebensgrundlage zerstört wurde, als Feuerholz genutzt oder zum Wiederaufbau verwendet. Aber auch Unternehmen haben ein großes Interesse an Holz, das dann oftmals leicht zu fällen ist, da Umweltschutzgesetze in Kriegssituationen meist zweitrangig und nichtig werden.

Doch abgesehen von den konkreten Kriegshandlungen führt die militärische Präsenz von Kampftruppen zu weiteren Problemen für die Gesundheit der Menschen und der Natur. Wie entsorgen Soldat*innen ihren Müll in Kriegsgebieten? Das US-Militär z. B. greift immer wieder zur Lösung von Verbrennungsgruben (burn pits). Alles von kaputten Uniformen, Munition und Blindgängern, medizinischem Abfall bis hin zu ausgedienten Computern oder anderen elektronischen Geräten und giftigen Müll wird zusammen in einem ausgehobenen Loch im Boden typischerweise mit Kerosin überschüttet und in Brand gesetzt. In Afghanistan wurden bis zu 400 Tonnen Müll an einem Tag in solchen Pits verbrannt. Trotz der nachweislich katastrophalen Langzeitauswirkungen auf die Atemwege der Soldat*innen und der lokalen Anwohner*innen sowie der zahlreichen freigesetzten umweltschädlichen Luftschadstoffe hält das US-Militär an dieser Praxis fest und nutzte zumindest noch im März 2019 sieben sogenannte burn pits in Syrien, eines in Afghanistan und eines in Ägypten.[20]

Rüstungsproduktion

Im Jahr 2019 lagen die globalen Rüstungsausgaben laut dem Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) bei 1.917.000.000.000 (1.917 Milliarden) US-Dollar.[21] Die Tendenz ist steigend – die Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer setzt sich z. B. dafür ein, die Rüstungsausgaben der BRD drastisch zu steigern. Die oftmals energieintensive Rüstungsproduktion von Munition, Kriegsschiffen, -fahrzeugen und -flugzeugen schadet ebenfalls den Menschen, der Natur und dem Klima – ganz zu schweigen von den umweltschädlichen Folgen ihres Einsatzes und dem erforderlichen Wiederaufbau der zerstörten „Ziele". Zu den großen Rüstungsunternehmen in Deutschland zählen u. a. Airbus Group, Diehl Defence Holding, Hensoldt und Rheinmetall. Letzteres hat sogar die im Jahr 2019 verursachten Emissionen veröffentlicht – 354.919 Tonnen CO_2. Allerdings umfasst dieser Wert nur undefinierte „89 von 193 Gesellschaften der Rheinmetall Group"[22] und ist damit wenig aussagekräftig. Bedenkt man jedoch die Vielzahl an unterschiedlichen weniger bekannten Unternehmen in der „Sicherheits-" und Kriegsindustrie, die z. B. in der militärischen Logistik, in der Produktion von Ferngläsern oder von IT- und Kommunikationshardware eingebunden sind, so dürften es tausende sein, die in der BRD von Rüstung und Kriegseinsätzen profitieren. Meistens finden sich solche Firmen auch im direkten Umkreis. In Tübingen zum Beispiel sind mittlerweile auch Firmen ansässig, die unterschiedliche Militärprodukte herstellen. Eines dieser Unternehmen ist ZF Friedrichshafen, welches im Sommer 2019 das Unternehmen Break Force One in der Bismarckstraße zu 100 % aufgekauft hat. ZF Friedrichshafens bekanntere militärische Produkte dürften die im Kampfpanzer Leopard 2 eingebauten ZF-Getriebe (P25 000) sein. Auch in vielen militärischen U-Booten und Kriegsschiffen sind ZF-Getriebe verbaut. Außerdem stellt ZF Friedrichshafen auch Getriebe und Getriebekomponenten für Luftfahrzeuge her und ist „langjähriger Partner der Bundeswehr für die Betreuung […] der deutschen militärischen Hubschrauberflotten."[23]

Seit 2016 ist auch der Rüstungskonzern Atos in Tübingen angesiedelt – im Hagellocher Weg 73. Zwar produziert Atos keine Bomben, aber zu seinen Produktionssparten zählt auch der „Verteidigungssektor" bzw. der Kriegssektor: „Atos entwickelt militärische, zukunftssichere Cloud-Lösungen für die zweckmäßige und dynamische Bereitstellung und Verarbeitung sensibler Informationen (z. B. Verschlusssachen). Verlässliche, auch verlegefähige Cloud-Infrastrukturen von Atos bewähren sich im militärischen Einsatz."[24] Zu den Kunden von Atos zählt auch die Bundeswehr: „Atos unterstützt proaktiv die Digitalisierung der Landstreitkräfte und der Marine durch Konzepte für einen durchgängigen Verbund digitaler Datenverarbeitungs- und Datenübertragungssysteme."[25] Digitalisierung heißt hier, dass die einzelnen Soldat*innen, Kampfsysteme und Gerätschaften der Bundeswehr u. a. durch Sensoren miteinander vernetzt werden sollen. Das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) beauftrage Ende 2019 Atos und weitere Unternehmen mit der Erstellung einer Studie zur „Erzeugung eines gläsernen Gefechtsfeldes zur Unterstützung dynamischer Operationen". Konkret heißt das, Atos untersucht einen „hochautomatisierten Multiroboterеinsatz" bzw. Drohnenschwärme. Diese von einer KI gesteuerten Drohnen sollen Daten sammeln und diese Daten sollen mit Hilfe von Algorithmen ein digitales Lagebild produzieren, auf dem z. B. die Bewegungen aller Militärfahrzeuge und Soldat*innen in Echtzeit dargestellt werden. Dabei sollen die Drohnen mit Kampffahrzeugen, wie z. B. Panzern, vernetzt sein.[26] Noch gibt es keine Studie, die die Emissionen von militärischen Kommunikations- und Informationstechnologien ausgearbeitet hat. Doch die stetig wachsende digitale Vernetzung zahlreicher Systeme und die gesteigerte Datenübertragung deuten darauf hin, dass diese Emissionen steigen werden. Laut einer von dem The Shift Project erstellten Studie stieg der Anteil digitaler Technologien an den globalen CO_2-Emissionen zwischen den Jahren 2013 und 2018 von 2,5 auf 3,7 %, womit diese Technologien einen erheblichen Beitrag zur Erderwärmung leisten.[27]

Militär abschaffen – das ist Klimaschutz!

Klima und Krieg sind eng miteinander verwoben: Der Zugang zu fossilen Brennstoffen stellt oftmals ein wichtiges wirtschaftliches Ziel bei Kriegen dar – folgend erfordern die Transportwege eine militärische Absicherung. Das klimaschädliche Militär wird u. a. dafür eingesetzt, um mehr fossile Brennstoffe verbrennen zu können. Durch den menschengemachten Klimawandel und unsere umweltschädliche wachstumsorientierte, neoliberale Wirtschaftsweise werden die beschränkten Ressourcen knapper: u. a. mineralische Rohstoffe, Öl und Erdgas. Die Bundeswehr und weitere Militärapparate sprechen von Klimakriegen, Kriegen um Wasser und fruchtbare Böden. Für „unsere" Sicherheit hier in Deutschland soll die Bundesregierung mehr Steuergelder in den Ausbau der Bundeswehr stecken, um „unseren" Wohlstand zu garantieren. Doch der Irrsinn hinter dieser Argumentation tritt immer deutlicher zum Vorschein. Wir brauchen keinen militärisch gesicherten „Wohlstand", der diesen Planeten in den Ruin treibt. Dieser Planet und seine menschlichen, tierischen und pflanzlichen Lebewesen sind „unser" Wohlstand und den gilt es zu schützen. Die Ressourcen, die wir haben, sind endlich und wir sollten nicht eine weitere Tonne Stahl für die Herstellung von Zerstörungsgeräten verschwenden und nicht einen Liter Kerosin, um Kampfjets in den Himmel zu schicken. Die Abschaffung der Bundeswehr und aller Militärapparate wäre nicht nur ein bedeutsamer Schritt für den Aufbau eines solidarischen Zusammenlebens, das sich nach den Bedürfnissen der Menschen und der Umwelt richtet, sondern auch ein logischer und ein erforderlicher Schritt für den Klimaschutz. ◂

1 Neta C. Crawford: Pentagon Fuel Use, Climate Change, and the Costs of War, watson.brown.edu, Boston University, 12.6.2019

2 Werner: Das US-Militär. Auf Kriegsfuß mit dem Klima, IMI-Studie 7/2019, imi-online.de, 4.11.2019

3 Ebd.

4 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Kathrin Vogler, Andrej Hunko, Heike Hänsel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Drucksache 19/14589, Militärische Aktivitäten der Bundeswehr und ihre Klimabilanz, 8.1.2020

5 Karl-Heinz Peil: Vortragsunterlagen, frieden-und-zukunft.de, 14.1.2020

6 Bundesministerium der Verteidigung: Waffensysteme und Großgerät, bmvg.de, Oktober 2016

7 Drucksache 16/12803, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Eva Bulling-Schröter, Lutz Heilmann, Hans-Kurt Hill und der Fraktion DIE LINKE, Neuburger Jagdgeschwader 74, 27. 04. 2009

8 Klimakiller Bundeswehr – Material & Infos, kathrin-vogler.de, 26.11.2019

9 Bundesministerium der Verteidigung: Waffensysteme und Großgerät, bmvg.de, Oktober 2016

10 Festrede des Kommandanten der Bayern, FKpt Schwarter, fregattebayern-freunde.de, 19.2.2010

11 Kleine Anfrage der Abgeordneten Bernd Reuther, Frank Sitta, Christine Aschenberg-Dugnus, u. a. und der Fraktion der FDP betr.: „Landstrom in der Schifffahrt", BT-Drucksache: 1914740, 31.10.2018

12 Marc Wichert: Moorbrand. Mehr als 500.000 Tonnen CO_2 freigesetzt, ndr.de, 17.9.2018

13 Drucksache 18/3113, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Inge Höger, Christine Buchholz, Andrej Hunko, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Auswirkungen der NATO-Übungen auf Sardinien, 07.11.2014

14 Key NATO and Allied exercises in 2019, Factsheet, nato.int/factsheets, Februar 2019

15 Yemen Data Project, yemendataproject.org, April 2020

16 Airstrikes on Yemen intensify, shatter hope for peace, al-monitor.com, 4.4.2020

17 Fred Pearce: Future looks bleak for Iraq's fragile environment, newscientist.com, 15.3.2003

18 Andreas Frey: Agent Orange. Das Gift, das bleibt, spektrum.de, 15.6.2019 und Jan Banout, Ondrej Urban, Vojtech Musil, Jirina Szakova und Jiri Balik: Agent Orange Footprint Still Visible in Rural Areas of Central Vietnam, J Environ Public Health, 4.2.2014

19 Peter Jaeggi: Wissen Agent Orange – Vietnams giftige Kriegslast, SWR2 Wissen, swr.de, 31.8.2015

20 Meghann Myers: Why DoD is still using burn pits, even while now acknowledging their danger, militarytimes.com, 12.7.2019

21 Global military expenditure sees largest annual increase in a decade, sipri.org, 27.4.2020

22 Einzelabschluss Rheinmetall Group 2019, ir.rheinmetall.com, 18.3.2020

23 ZF Luftfahrttechnik GmbH, cca-kassel.de

24 DWT Marineworkshop 2018, atos.net, September 2018

25 Ebd.

26 ATOS und RAFAEL mit Studie „Gläsernes Gefechtsfeld" beauftragt, Europäische Sicherheit und Technik, esut.de, 9.12.2019

27 Lean ICT. Towards Digital Sobriety, theshiftproject.org, März 2019

Offenes Treffen gegen Faschismus und Rassismus für Tübingen und die Region (OTFR)

Klimakrise und Faschismus: Die gemeinsame Ursache heißt Kapitalismus!

Auf den ersten Blick kann es verwundern, dass wir in der Broschüre von *Fridays for Future* Tübingen auftauchen. Normalerweise kämpfen wir, als Offenes Treffen gegen Faschismus und Rassismus für Tübingen und Region eigentlich und vor allem gegen den gesellschaftlichen Rechtsruck und sind gegen Nazis aktiv.

Doch der Kampf gegen Rechts und die Klimakatastrophe sind zwei Seiten derselben Medaille. Hinter beiden Problemen steht dieselbe Ursache! Den Zusammenhang zwischen unserem aktuellen wirtschaftlichen System – dem Kapitalismus – und die daraus für uns alle entstehenden Probleme wollen wir in diesem kurzen Beitrag u. a. erläutern. Hierbei sind wir uns bewusst, dass dieser kurze Text sicherlich nicht alles beleuchten kann, was zu beleuchten wäre. Wir wollen uns hier vor allem auf die Zusammenhänge und die gemeinsame Ursache zwischen unserem antifaschistischen Kampf und dem der Klimagerechtigkeitsbewegung fokussieren und an Beispielen aufzeigen.

Die globale Klimakrise mit ihren verheerenden Folgen bedroht das menschliche Dasein wohl wie nie zuvor. Eine große Herausforderung für uns als linke Bewegung. Während wir von bürgerlichen Parteien von den Grünen bis hin zur CDU Reformvorschläge oder Konsumkritik als Lösungen präsentiert bekommen, leugnet die parlamentarische Rechte, in Form der AfD, die menschengemachte Klimakrise entgegen aller wissenschaftlichen Erkenntnis. Doch es braucht jetzt, wie nie zuvor, fortschrittliche Kräfte, die das Problem an den Wurzeln anpacken wollen und es beim Namen nennen! Denn die Klimakrise ist nicht das Verschulden einiger Individuen und deshalb auch nicht durch individuelles Konsumverhalten oder durch wenige neue Gesetzesbeschlüsse innerhalb eines Systems, das diese Krise erst hervorbringt, lösbar. Sie ist vielmehr das Produkt der Art und Weise, was und wie wir wirtschaften. Die Klimakrise ist also eine Krise des kapitalistischen Systems. Und das ist es, was wir ändern müssen. Dieses kapitalistische System wird getragen und gestützt von Menschen, die von diesem profitieren. Das sind bspw. Konzernchefs, die Regierungen des Globaler Nordens und alle anderen, die den Status Quo erhalten und verteidigen wollen. Eine echte Lösung der Klimakrise müssen wir also selbst in die Hand nehmen, indem wir uns selbstbestimmt organisieren!

Eigentlich haben wir von allem genug für alle. Aber warum folgt dann eine Krise auf die nächste?

Dahinter steckt ein System mit Regeln und Zwängen. Der Kapitalismus basiert auf Konkurrenzkampf und ständiger Gewinnsteigerung. Doch davon profitieren nur die Wenigsten. Die gnadenlose Konkurrenz großer Banken und globaler Konzerne führt immer wieder zum Niedergang ganzer Regionen, welche dabei regelmäßig ins Kreuzfeuer mächtiger Staaten wie der USA, Russland, China und auch der EU geraten. Diese haben vor allem ein Interesse: ungehinderten Zugang zu Rohstoffen und Ressourcen. Denn der Konkurrenzkampf macht vor der Ausbeutung endlicher Rohstoffe wie Öl, Wasser oder Seltenen Erden nicht Halt. Auf der Strecke bleiben dabei die Rechte der Arbeiter*innen welche diesen Reichtum produzieren und die Schutzmaßnahmen für die Umwelt, also unseren Planeten. Denn beides kostet die großen Firmen zu viel Geld und im Kapitalismus zählt nur der Profit.

Folgen davon sind deshalb vergiftete Flüsse, Meere voller Plastik, verpestete Luft, schmelzende Pole aber auch das Leid unendlich vieler Menschen, die deshalb aus ihrer Heimat vertrieben werden und Schutz suchen müssen. Im Durchschnitt mussten zwischen 2008 und 2015 pro Jahr 21,5 Millionen Menschen wegen Umweltkatastrophen fliehen, so eine Studie von Greenpeace im Jahr 2017.[1] Weltweit, in Europa, aber auch in Deutschland führt unter anderem auch das zum Erstarken der Rechten. In der BRD ist es momentan vor allem die AfD, als Partei des Rechtsrucks, die davon versucht zu profitieren. Sie instrumentalisiert Unsicherheiten und echte Probleme, verursacht durch kapitalistische Krisen, für ihre Hetze und versucht geflüchtete Menschen dafür verantwortlich zu machen. Dass aber diejenigen, die in der BRD von Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Geldsorgen betroffen sind objektiv dasselbe Interesse haben wie Menschen, die vor Hunger, Krieg und Klimakatastrophen fliehen müssen, blendet die AfD aus. Das gemeinsame Interesse dieser unterdrückten Gruppen ist der Kampf für eine Gesellschaft ohne systemische Ungerechtigkeiten wie Wohnungsnot und Klimakatastrophen. Also ein Kampf zur Überwindung des Kapitalismus.

Das gemeinsame Interesse dieser unterdrückten Gruppen ist der Kampf für eine Gesellschaft ohne systemische Ungerechtigkeiten wie Wohnungsnot und Klimakatastrophen.

Die AfD steht daher nicht auf unserer Seite, sondern auf der anderen, auf der Seite der wenigen ProfiteurInnen des kapitalistischen Systems, die den Status Quo erhalten wollen. Die AfD ist keine echte Alternative. Im Gegenteil, sie spielt sogar noch diejenigen gegeneinander aus, die in diesem System sowie schon die Gelackmeierten sind. Und das hat nur eins zur Folge: Die Spaltung der Gesellschaft. Aber nicht in oben und unten, sondern die Spaltung derjenigen, die eigentlich die Kraft hätten gemeinsam für eine solidarische Perspektive einzustehen. Nämlich die Lohnabhängigen. Sie sind aktuell abhängig vom Wohlwollen der Konzernchef*innen und müssen für die Folgen der Klimakrise bezahlen.

Aber was können wir Antifas nun genau dagegen tun? Unsere Aufgaben sind der konsequente Abwehrkampf gegen Rechts und der Schutz aller Minderheiten. Außerdem ist es an uns Handlungsspielräume für fortschrittliche Kräfte (Klimagerechtigkeitsbewegung, Antimilitarist*innen, Internationalist*innen, Frauenkämpfe etc.) zu verteidigen, indem wir die der Nazis aktiv einschränken. Doch das schaffen wir nicht alleine als abgeschottete, kleine Szene, sondern nur gemeinsam mit all jenen, die vom Kapitalismus und dessen barbarischsten und reaktionärsten Form – dem Faschismus –rein gar nichts zu erwarten haben. Denn nicht nur die Klimakrise, auch der Faschismus hat seinen Ursprung im Kapitalismus.

Zu Zeiten kapitalistischer Krisen gewinnen nicht nur rechte und faschistische Kräfte an Zu- und Einfluss. Sie bieten auch für linke, revolutionäre Kräfte eine realistische Chance zu erstarken und eine Alternative zum krisenhaften System zu propagandieren. Nämlich eine Welt, in der die Reichen die Armen nicht mehr ausbeuten, weil es keine Reichen und Armen mehr gibt. Stattdessen geht es um ein freies, gutes Leben für alle.

Doch für die KapitalistInnen ist die Alternative, die von der linken, arbeiter*innenfreundlichen Bewegung angestrebt wird uninteressant, sogar schädlich. Denn sie bietet als einzige Bewegung reale Forderungen, den Besitz der KapitalistInnen wirklich anzugreifen. Um ihre Macht auch in sehr stark krisenhaften Zeiten zu sichern, bauen die KapitalistInnen also auf die Feinde der Linken und unterstützen im Zweifel die FaschistInnen in ihren Plänen. Und die Geschichte hat gezeigt, sollten FaschistInnen einmal an der Macht sein, folgt die erbarmungslose Zerschlagung der Arbeiter*innenbewegung, die für ihre Rechte kämpft, und die Vernichtung aller, die eine Chance hätten, die Herrschaft der KapitalistInnen zu brechen.[2] Wenn FaschistInnen regieren, wird auch das Klima ihr Opfer sein. Denn die Ausbeutung von Rohstoffen und der Krieg um diese, sowie ein (vermeintlich) unendliches Wirtschaftswachstum erreichen im Faschismus ihr Extrem. So ist beispielsweise Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro ein Faschist und mitverantwortlich für eine der größten Klimaverbrechen weltweit. Nämlich der systematischen Vernichtung des Regenwaldes und der Vertreibung indigener Gruppen aus den jeweiligen Gebieten.[3]

Pseudo-Antikapitalismus und Klimawandel-Leugnung von Rechts

Beim Thema Klimawandel trennen sich die Meinungen der rechten Lager und Parteien. So geht der eine Teil rechter Kräfte davon aus, dass der Klimakollaps, auf den wir rasant zusteuern, nicht menschengemacht ist und leugnet deshalb auch die Ursache für eben diesen Klimakollaps. Zu diesem Lager gehören große Teile innerhalb der AfD. Zum Beispiel erklärte der Parteivorsitzende Alexander Gauland in einem Interview mit der ZEIT, er halte Klimapolitik für sinnlos[4] und die AfD forderte die Bundesregierung dazu auf, das Pariser Klimaabkommen zu kündigen und den Klimaschutzplan 2050 aufzuheben. Als Begründung nennt sie auch mutmaßlich negative Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft und die Steuerzahler*innen. Ökostrom würde im Vergleich zu konventionellem Strom teurer sein und Unternehmen dazu zwingen, im Ausland zu investieren. Ökostrom ist allerdings nicht teurer als der konventionelle Strom, sondern wird in Zukunft weitaus billiger sein als fossile Energieträger, welche jährlich mit über 40 Milliarden Euro subventioniert werden. Ohne diese Gelder würde sich der konventionelle Strom schon lange nicht mehr rechnen. Doch Fakten interessieren die AfD herzlich wenig. Ziel des Verbreitens dieser Unwahrheiten ist ganz klar der Fang von Wähler*innenstimmen der Menschen, die finanziell schwächer aufgestellt bzw. verunsichert sind. Als Partei des Kapitals stehen sie für diejenigen, die von der klimaerhitzenden Industrie profitieren. Zu behaupten es gäbe keine Klimakrise, ist der AfD nur möglich, indem sie sie leugnet. Wissenschaftlich widerlegbar ist sie nämlich nicht. So ist die sich immer weiter radikalisierende Klimabewegung der AfD ein Dorn im Auge. Sie hetzt gegen die Bewegung, betitelt die Klimastreiks und Diskussionen um diese als „Klimahysterie" und Greta Thunberg als „krankes Kind".[5]

Im Gegensatz zur Taktik der AfD steht die faschistische Kleinstpartei Der Dritte Weg, die sich ganz offen und unverblümt in die Tradition der deutschen Faschisten stellt.[6] Das verwundert nicht, wirbt die Partei doch seit jeher mit pseudo-antikapitalistischen Thesen und stellt in ihrer Rhetorik die „Systemfrage". Verbesserungen, die sich in deren vermeintlicher Alternative zum kapitalistischen Ausbeutungssystem ergeben würden, stünden aber natürlich nur den „echten Deutschen zu".[6] Im Bereich Klima wirbt Der Dritte Weg mit dem nationalistischen Slogan „Umweltschutz ist Heimatschutz". 2019 veröffentlichte sie sogar einen ganzen Diskussionsartikel unter dem Titel „Umwelt & Heimat schützen". Sie fordert die „Wiederherstellung der Umwelt, die Erhaltung und Entwicklung der biologischen Substanz des Volkes". Für sie ist ohne Umweltschutz „jedes Volk in seiner Substanz gefährdet". Außerdem seien auch die deutsche Tradition und Kultur durch immer mehr Umweltzerstörung in Gefahr. Umweltschutz und Klimaschutz erhalten hierbei eine rassistische Prägung. Der „Umweltschutz ist Heimatschutz" Gedanke beruht auf der „Blut und Boden" Ideologie, die zum Ende des 19. Jahrhunderts viele Anhänger hatte und auch von Hitler vertreten wurde. Bei dieser wird davon ausgegangen, dass jedes Volk naturgegeben mit dem Gebiet verbunden ist, welches dessen „Rasse" zuzuordnen ist. Dieses Gebiet, also diesen Boden, gelte es zu schützen. Die dazugehörige „Volk ohne Raum" Ideologie sollte dann während des deutschen Faschismus die Ausweitung des deutschen Reichs nach Osten legitimieren. Begründet wurde dies damit, dass die „arische Rasse" nicht genug Platz zum Leben habe und sich diesen Platz erobern müsse. Der Dritte Weg und andere VertreterInnen der „Blut und Boden" Theorie dürfen in einem fortschrittlichen Kampf für eine klimagerechte Welt keine Rolle spielen. Jede Zusammenarbeit im Bereich Klimaschutz mit den faschistischen Kräften legitimiert den von ihnen vertretenen völkischen Rassismus und trägt zu einer weiteren Verschärfung der aktuellen Verhältnisse bei.

Angriffe von Rechts auf die Klimagerechtigkeitsbewegung

Fridays for Future und andere Klimagerechtigkeitsgruppen sind wie alle anderen linken Teilbereiche auch Zielscheibe von rechten Angriffen. *Zielscheibe* ist hier nicht nur metaphorisch, sondern auch ganz praktisch zu verstehen. Insbesondere in Zwickau hat die *Fridays for Future*-Ortsgruppe mit rechtem Hass zu kämpfen. So fotografierten Rechte die Klimaaktivist*innen, Portrait-Aufnahmen mit deren Gesichtern wurden später in Gruppen mit über 1.000 Mitgliedern geteilt.
Die rechte Kleinstpartei Aufbruch deutscher Patrioten (AdP) ist beim Kampf gegen die Klimagerechtigkeitsaktivist*innen vorne mit dabei. So veröffentlichte der Vorsitzende, Benjamin Przybylla, im November 2019 Videos, in denen er die die *Fridays for Future* Demonstration filmt und davon redet, dass die Gesellschaft mal wieder reif „für eine richtig schöne Phase" sei, in der „die Population ein wenig zurechtgestutzt wird". Ein weiteres Video zeigt ihn in seinem Auto auf einer Zufahrtsstraße zum Demonstrationszug. Als Ordner*innen sich vor sein Auto stellen, um ihn daran zu hindern, auf die Demoroute zu fahren, fragt er diese, ob es jetzt denn nicht erlaubt sei, die Aktivist*innen zu überfahren. Diese Videos werden daraufhin vielfach im Internet geteilt.[7] Beim globalen Klimastreik am 29.11.2019 rief Przybylla zu einer Gegenkundgebung auf – als Stärkung für die TeilnehmerInnen gab es am Infotisch selbst gebackene Kekse mit *NSU* Glasur.[8]
Bereits im Jahr 2016 kam es bei einer Ende Gelände Aktion in der Lausitz zu Angriffen von Rechts. So warfen FaschistInnen einen Böller auf Klimaaktivist*innen, die sich zu dem Zeitpunkt in einem Polizeikessel befanden. Eine Gruppe Rechter versuchte, zu einer Schienenblockade vorzudringen und nachts wurde eine angemeldete Ende Gelände Kundgebung von zehn FaschistInnen mit Eisenstangen angegriffen – die Aktivist*innen mussten fliehen.[9]

Hinter dem Faschismus steht das Kapital – Kohlekonzerne enteignen!

Zum zweiten Ende Gelände Aktionswochenende 2019, sollte es wieder in die Lausitz gehen. Großer Gegenprotest wurde vom rechten Lager angekündigt. So auch von einem Kreis aus Fans des Fußballclubs Energie Cottbus, die in der Vergangenheit durch Nazi-Parolen und Hitler-Grüße aufgefallen waren. So riefen diese dazu auf, Ende Gelände zu zerschlagen. Auch Cops mobilisierten für den Gegenprotest – eine Gruppe von Bullen[10] posierte vor einer bemalten Wand mit der Aufschrift „Ende Gelände stoppen!".[11] Daneben war ein Krebs gemalt, das Logo der Gruppe Defend Cottbus. Diese pflegt Verbindungen u. a. zur sogenannten Identitären Bewegung. Dazu kamen auch Aufrufe der AfD und der Jungen Alternativen (JA), die weit in das bürgerliche Spektrum hinein mobilisierten.

Klimagerechtigkeitsaktivist*innen waren und werden auch weiterhin beliebte Zielscheibe rechter und faschistischer Angriffe sein. Denn die Bewegung steht genau für das Gegenteil von dem, was die Rechten und Nazis dieser Welt propagieren. Mit jedem Protest, den wir gegen sie organisieren, mit jeder Mobilisierung quer durchs Ländle und die BRD, mit jeder direkten Aktion, durch die sie zurückgedrängt werden, tragen wir Antifas dazu bei, dass Aktivist*innen sich für Klimagerechtigkeit einsetzen können. Der Kampf um eine gerechte Welt ist also nicht nur antifaschistisch, nicht nur klimagerecht, nicht nur antimilitaristisch oder nur feministisch. Die Verbindung dieser verschiedenen Kämpfe ist, dass sie Widerstand gegen gesellschaftliche Probleme organisieren, deren Ursprung in Herrschaft und Kapitalismus liegt. Erst, wenn sich diese Kämpfe solidarisch aufeinander beziehen und praktisch ergänzen, können wir gemeinsam für ein gutes Leben für alle kämpfen! ◂

1 https://www.greenpeace.de/presse/presseerklaerungen/greenpeace-studie-duerren-stuerme-und-ueberflutungen-vertreiben-jaehrlich (letzter Zugriff 03.10.2020).

2 http://oatkarlsruhe.blogsport.de/images/AntifaKarlsruhe.pdf Unterpunkt 2.1.1. (letzter Zugriff 03.10.2020).

3 https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-08/brasilien-urwald-waldbrand-jair-bolsonaro/seite-2 (letzter Zugriff 03.10.2020).

4 https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-08/alexander-gauland-afd-chef-klimawandel-rente-digitalisierung,https://www.der-rechte-rand.de/archive/5473/derrechterand_ausgabe_klima_vorbestellen/ (letzter Zugriff 03.10.2020).

5 https://www.deutschlandfunk.de/die-klimapolitik-der-afd-persoenliche-angriffe-und.1773.de.html?dram: article_id=444916 (letzter Zugriff 03.10.2020).

6 Neuer Wind von Rechts: Die faschistische Partei „Der Dritte Weg". Hintergründe und Einschätzungen aus antifaschistischer Perspektive: http://antifaaufbautue.blogsport.de/images/2FB_ganz_neu.pdf (letzter Zugriff 03.10.2020).

7 https://www.jetzt.de/politik/politik-hass-auf-fridays-for-future (letzter Zugriff 03.10.2020).

8 https://taz.de/Braunkohleproteste-in-der-Lausitz/!5640609/ (letzter Zugriff 03.10.2020).

9 https://kurvenwatch.home.blog/2019/11/25/fanszene-cottbus-gegen-ende-gelande/ (letzter Zugriff 03.10.2020).

10 Wir schreiben in unseren Texten und Veröffentlichungen bewusst von Cops und Bullen, anstatt von PolizistInnen. Denn diese sind für uns kein positiver Bezugspunkt und das wollen wir auch in unseren Worten ausdrücken. Bullen sind die exekutive Staatsgewalt eines Systems, welches wir ablehnen. Sie stehen also grundsätzlich und in letzter Konsequenz immer auf der Gegenseite. Denn es ist Job der Bullen dieses System mit allen Mitteln zu verteidigen und diejenigen zurückzudrängen, die diese Welt so verändern wollen, dass alle Menschen ein gutes Leben haben. Das bedeutet in der Praxis die Niederschlagung antifaschistischer Demos sowie direkter Aktionen von Ende Gelände etc., die staatliche Verfolgung revolutionärer Gruppen, und die Zerschlagung von Streiks von Arbeiter*innen für eine fairerer Entlohnung. Ein Bulle zu sein bedeutet zudem auch, von Rassismus Betroffene über Verbindungen zu „kriminellen Clans" auszufragen und Migrant*innen aufgrund ihres Aussehens ununterbrochen zu kontrollieren und zu kriminalisieren. All das, während Nazis Menschen ermorden und fast wöchentlich extrem rechte Netzwerke in Bundeswehr und Polizei auffliegen.

11 https://www.tagesspiegel.de/politik/rechtsextremegegen-ende-gelaende-nach-foto-mit-beamten-bejubeln-rechte-die-volkspolizei/25282170.html (letzter Zugriff 03.10.2020).

Antifaschismus und Klimagerechtigkeit – one struggle one fight!

Leonie Baumgarten-Egemole
United Colors of Change

Rassismus: Klimaschutz oder Klimagerechtigkeit?

Viele *weiße* Menschen haben in den letzten Monaten zum ersten Mal gehört, dass Rassismus noch in jedem Teil unserer Gesellschaft verankert ist, während dies für BIPoC (Black, Indigenous, People of Color) schon immer eine Lebensrealität war. Auch in Bezug auf die Klimakrise und der Bewegung dagegen. Zwar haben sich einige durch die weltweiten Black Lives Matter Proteste 2020 mit Rassismus auseinandergesetzt, jedoch fehlt ihnen das aktive Handeln im Alltag und die Selbstreflektion. Andere schauen immer noch bewusst weg. Wenn jedoch eins klar ist, dann dass wir diese rassistischen Strukturen im Alltag, in Institutionen und aktivistischen Bewegungen wie der Klimabewegung, nicht weiterhin ungehört lassen können.

Entscheidend ist, dass sich die Mehrheit unserer Gesellschaft hier in Deutschland – *weiße* Menschen – jeden Tag neu entscheiden kann, ob sie sich mit dem Thema Rassismus beschäftigen will oder nicht. Ich, so wie die meisten BIPoC, können das nicht. Es kommt somit für viele Aktivist*innen in der Klimabewegung nie die Frage auf: Verknüpfe ich heute die beiden Themen Rassismus und Klima? Wie Tonny Nowshin sagt: „I don't have the privilege to say I just want to be a climate activist. I also have to fight racism. It is not possible to just do one".[1]

Überall Rassismus?!

„Nicht alles hat immer mit Rassismus zu tun!", mögen sich viele denken. Trotzdem ist er das Grundrauschen, das unsere Lebensrealität begleitet. Denn „Rassismus ist ein System, das mit der Absicht entstanden ist, eine bestimmte Weltordnung herzustellen".[2] Es ist viel größer als „nur" das Handeln einzelner Personen. Um es mit den Worten von May Ayim – einer Aktivistin der afrodeutschen Bewegung und Dichterin – zu sagen, „rassismus bleibt, bleiches gesicht einer krankheit, die uns heimlich und öffentlich auffrisst".[3] Wir leben in einer kranken Gesellschaft und Rassismus ist der bösartige Tumor.

Rassismus ist daher selbstverständlich auch in der Klimakrise zu finden. Rassismus war und ist die Grundlage für Kolonialismus und Neokolonialismus. Menschen aus dem Globalen Süden, mehrheitlich BIPoC, leiden nicht nur überproportional an den Folgen der Klimakrise, sondern auch an denen von Ländern im globalen Norden zur Bekämpfung der Klimakrise eingesetzten Strategien.[4] Viele der bisher präsentierten Lösungen, wie zum Beispiel Maßnahmen zur Entziehung von CO_2 aus der Erdatmosphäre, führen zur Ausbeutung „ehemals" kolonialisierter Länder und sind bereits jetzt der Fluchtgrund für viele Menschen. Hier ist neben den Auswirkungen von einer höheren CO_2 Besteuerung auf die Lebensmittelpreise, auch an Landraub, sowie die Konkurrenz um

Anbauflächen zu denken. Wenn beispielsweise auf Feldern nur noch Pflanzen zur Gewinnung von Bioenergie anstelle von Getreide und Gemüse für die Produktion von Nahrungsmitteln angebaut werden.[5]

Politiker*innen des Globalen Nordens hören Entscheidungsträger*innen und Aktivist*innen aus besonders von der Klimakrise betroffenen Regionen nicht zu, wenn sie Vorschläge zum Kampf gegen die Klimakrise machen. Gleichzeitig bekommen Aktivist*innen im Globalen Norden viel mehr Aufmerksamkeit. Wie kann es sein, dass die Menschen, die es am meisten betrifft, kaum zu Wort kommen? Wie lässt sich diese Ungerechtigkeit, die in direktem Zusammenhang zu rassistischen Machtstrukturen steht, rechtfertigen?

(Antirassistische) Klima(gerechtigkeits-)bewegung

Obwohl diese Themen so eng miteinander verknüpft sind, es also gerade deshalb ein gemeinsamer Kampf von *weißen* und BIPoC sein sollte, kann noch lange nicht von einer anti-rassistischen Klimagerechtigkeitsbewegung gesprochen werden.

Das wird oft nicht als ein Problem gesehen, das es zu lösen gilt. Rassismus sei ja auch in dem Rest unserer Gesellschaft verankert. Es sei ja so schwer etwas dagegen zu tun. Und ohnehin wären wir alle machtlos. Wenn ein Großteil der Gesellschaft so denkt, warum dann nicht auch die progressiven Bewegungen, die aus ihr hervorgehen? Naja, aber sollte sich nicht gerade eine Bewegung, die für etwas kämpft, das alle Menschen betrifft, und die beansprucht sich für alle diese Menschen einzusetzen, viel aktiver gegen Rassismen vorgehen? Sollten dies nicht gerade diejenigen sein, die bereit sind gegen alteingesessene Machtstrukturen zu kämpfen? Die nicht vor einer angeblichen Ohnmacht zurückschrecken und entschlossen sind für etwas auf die Straße zu gehen, hinter dem nicht alle Politiker*innen und/oder die Mehrheit der Gesellschaft stehen? Gerade diese Energie, die bisher in den Kampf gegen die Klimakrise gesteckt wird, muss die Bewegung darauf verwenden, rassistische Machtstrukturen aufzubrechen. Antirassismus muss auch im Zentrum der Klimabewegung stehen, bevor sie sich als Klimagerechtigkeitsbewegung bezeichnen kann.

Wird denn bisher schon genug für Diversität und wahre Klimagerechtigkeit in der Bewegung getan? Immer wieder berichten BIPoC bei Fridays for Future (FFF) und anderen mehrheitlich *weißen* Klimabewegungen von rassistischen Vorfällen und Unterdrückung. Diese Ereignisse reichen von dem Herausschneiden aus Pressebildern, bis zu dem nicht Wahrnehmen von bereits existierenden BIPoC Klimaaktivist*innen. Allein die Tatsache, dass hier Raum geschaffen werden muss, um über die Existenz

von Rassismus in der Klimabewegung zu sprechen, wodurch wieder nur eine Zielgruppe – *weiße* Menschen – angesprochen wird, anstatt direkt über konkrete Lösungen zu sprechen die Klimagerechtigkeit für alle voranbringen, sagt schon einiges aus.

BIPoC in mehrheitlich *weißen* Klimabewegungen werden oft als *Tokens* der Öffentlichkeit präsentiert, um ein besonders vielfältiges Auftreten zu erzielen, obwohl die Gruppe selbst sehr homogen ist und/oder sich kaum mit ihrem Mangel an Diversität auseinandersetzt (Tokenismus). Wie wir in den letzten Wochen des Öfteren gehört haben, ist FFF „eine mehrheitlich weiße, dadurch privilegierte Bewegung aus der akademischen Mittelschicht".[6] Wenn ich als BIPoC an einer FFF Demonstration teilnehme und mich dabei unwohl fühle, liegt es daran, dass BIPoC unterrepräsentiert sind. Es ist nicht einmal annähernd damit vergleichbar, wie ich mich auf Black Lives Matter Demonstrationen in derselben Stadt fühle.

Zu oft kommen rassistische Vorfälle in der Klimabewegung zum Vorschein und werden dann mit halbherzigen öffentlichen Entschuldigungen wieder verborgen. Dann wird wie bisher weiter gemacht. Die kenianische Klimagerechtigkeitsaktivistin Anita Soina sagt hierzu: „Racism in the climate crisis and movement is a topic that shouldn't end in apologies on Twitter and then it's done".[7]

Manche behaupten, dass sich BIPoC einfach nicht so viel für das Klima interessieren. Auf welcher Grundlage basiert eine solche Argumentation? BIPoC sind überproportional betroffen und diejenigen, die bereits jetzt stark unter den Auswirkungen der Klimakrise leiden und diese bekämpfen.[8] Kann es sein, dass sich nur deshalb so wenige BIPoC in mehrheitlich *weißen* westlichen Klimabewegungen engagieren, weil sie nicht auch zusätzlich noch einer rassistischen Behandlung ausgesetzt sein wollen? Sie finden andere Wege sich zu engagieren.

In der Klimabewegung wird von vielen immer wieder der Gedanke vermittelt, dass es zum Schutz des Klimas notwendig ist, nur vegane Bio-Produkte zu kaufen, kein Auto mehr zu fahren und nicht zu fliegen. Dies mag zwar grundsätzlich bei der Reduktion des CO_2 Ausstoßes eine Rolle spielen. Jedoch liegt die Verantwortung vor allem bei Politik und Wirtschaft, gute alternative Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, bestimmte Produkte zugänglicher und bezahlbar zu machen und Inklusion sowie Umweltschutz an erste Stelle zu setzen. Es kann somit nicht sein, dass durch die Forderung, dass jede*r Einzelne etwas im Alltag ändert, BIPoC ausgeschlossen und zu den Schuldigen gemacht werden, wenn sie diesen Lösungsansätzen aufgrund struktureller Benachteiligung nicht nachkommen können. Die Klimapolitik muss sich wandeln und mehr durch die belegbare Wissenschaft statt alteingesessene Machtstrukturen geprägt werden.[9] Hierbei darf es sich nicht um eine westlich dominierte, konstruierte Wissenschaft handeln, sondern diese muss durch Wissenschaftler*innen vor Ort mitbeeinflusst und realisiert werden. Bisher werden der Nachhaltigkeit, langfristigem Nutzen und wissenschaftlichen Kenntnissen durch ökonomische Zwänge und Machtinteressen politischer Akteur*innen Grenzen gesetzt.[10] Um davon abzukommen, ist ein grundsätzlicher Strukturwandel erforderlich.

What do we need? Racial Justice!

Und was jetzt?

Der Vernetzung von BIPoC Aktivist*innen muss mehr Raum gegeben werden. BIPoC müssen untereinander mehr im Austausch stehen können. Es ist wichtig, dass BIPoC gemeinsam einen sicheren Ort schaffen können, um sich gegenseitig zu stärken. Hier gibt es schon eine Menge an tollen Gruppen, die gerade das zum Ziel haben! Es hat sich beispielsweise auch das BIPoC Climate Justice Network geformt (an BIPoC, die das hier lesen: fleißig folgen ;) so können wir alle im Kontakt bleiben).

Außerdem sollten weitere erste Schritte von *weißen* Menschen die Selbstreflektion sowie das Hinterfragen und das Verlernen von verinnerlichten Machtstrukturen sein. Wir haben im Aktivismus so viele Möglichkeiten einen Einfluss auf die Gesellschaft zu haben. Durch Symbole, die wir erzeugen. Mit Plakaten und Sprüchen auf Demonstrationen. Durch die Menschen, die bei unseren Demonstrationen sprechen und mit Musik oder Gedichten auftreten. Bei jeder Aktion, Demonstration oder Veranstaltung, bei jedem Austausch mit Politiker*innen können wir der Öffentlichkeit zeigen, dass wir antirassistisch, antisexistisch, anti-klassistisch, gegen Ableismus, gegen die Unterdrückung von LGBTQIA+ Personen – kurz: gegen jegliche Form der Unterdrückung sind.

Wir wollen doch alle bald von einem inklusiven, diskriminierungsfreien Klimagerechtigkeits-Aktivismus sprechen können!

Intersektionalität

Betroffenheiten können sich überschneiden, jedoch auch komplett unterschiedlich sein. Beispielsweise werden *Schwarze* FINTA-Personen in der Debatte kaum berücksichtigt. Wenn Rassismus, Sexismus und weitere Diskriminierungsformen zusammenkommen, erschwert das umso mehr den Zugang von Menschen zu bestimmter Infrastruktur und die Teilhabe am System, wie auch an der Klimabewegung. Nicht nur darum, müssen wir uns über die unterschiedlichen Lebensrealitäten bewusst sein.

1 In einem Beitrag bei der UNESCO Masterclass „Koloniale Kontinuitäten im Klimaaktivismus", 01.11.2020. Übersetzung: Ich habe nicht das Privileg zu sagen, dass ich einfach nur eine Klimaaktivistin sein möchte. Ich muss auch gegen Rassismus kämpfen. Es ist nicht möglich, nur eins zu tun.

2 Alica Hasters, Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen aber wissen sollten, 2020, S. 15.

3 Sisters and Souls. Inspirationen von May Ayim. Herausgegeben von Natasha A. Kelly, 1992.

4 Vgl. Podcast: https://soundcloud.com/user-842377063/schwarze-perspektiven-auf-die-kolonialitat-der-klimakrise (letzter Zugriff: 20.11.2020)

5 https://www.klimareporter.de/gesellschaft/klimaschutz-mit-nebenwirkungen (letzter Zugriff: 30.11.2020)

6 Vgl. https://www.youtube.com/watch?v=Y9aM-F8waanM&ab_channel=taz (letzter Zugriff: 20.11.2020)

7 In einem Beitrag bei der UNESCO Masterclass „Koloniale Kontinuitäten im Klimaaktivismus", 01.11.2020. Übersetzung: Rassismus in der Klimakrise und -bewegung ist ein Thema, das nicht mit Entschuldigungen auf Twitter enden sollte, und dann ist es getan

8 https://www.youtube.com/watch?v=rQxD6UAOSE0&ab_channel=ClimateOne (letzter Zugriff: 19.11.2020)

9 https://taz.de/Klimakrise-und-Rassismus/!5691419/ (letzter Zugriff: 20.11.2020)

10 https://www.ovgu.de/Universit%C3%A4t/Im+Portrait/Profilierungsschwerpunkte/Forschung+_+Transfer/Hat+die+Wissenschaft+Einfluss+auf+den+Klimawandel_-p-85974.html (letzter Zugriff: 27.11.2020)

Und da das alles nichts neues ist, hier nur ein paar Beispiele für weitere spannende Quellen:

Artikel/Bücher

Weitergehen, Gedichte von May Ayim

How to make sure racial justice is part of climate activism: https://mashable.com/article/racial-and-climate-justice/?europe=true

Intersektionalität: https://www.bundjugend.de/intersektionalitaet/

We need to talk about racism in the climate movement: https://www.climatechangenews.com/2020/06/30/need-talk-racism-climate-movement/

Was das Jahr 1452 mit der Klimakrise zu tun hat: https://perspective-daily.de/article/1442/SAjofmDg

Black Lives Matter, the link between climate change and racial justice: https://climateanalytics.org/blog/2020/black-lives-matter-the-link-between-climate-change-and-racial-justice/

Instagram-Accounts

@browngirl_green
@greengirlleah
@intersectionalenvironmentalist
@wirmuessenmalreden
@erklaermirmal
@localsunited.de
@kimberlecrenshaw
@mikaelaloach
@mariebeech

Manjana Mertens
Migrantifa for Future

Kritisches Weißsein

– Warum Selbstreflektion notwendig ist

Critical Whiteness:

„Der Begriff Critical Whiteness bezeichnet die differenzierte, reflektierte Auseinandersetzung mit Whiteness als soziale Kategorie und begründet sich sowohl in wissenschaftlichen als auch in politischen Ansätzen. […] Primär sind dabei Aspekte wie ökonomische, soziale und kulturelle Macht relevant, die mit der gesellschaftlichen Markierung von Menschen als weiß einhergehen."[6]

Da Weißsein diese ökonomische, soziale und kulturelle Macht bedeutet, gibt es ein Forschungsfeld, welches sich mit Critical Whiteness auseinandersetzt. Im Deutschen wird es als Kritische Weißseinsforschung bezeichnet und lenkt den Fokus auf diejenigen, die für die gesellschaftlichen und politischen Strukturen verantwortlich sind und davon profitieren. Dementsprechend wird der Blick nicht auf die Betroffenen, sondern auf die Täter*innen gerichtet.

Nachdem George Floyd in Minneapolis am 25. Mai 2020 auf offener Straße ermordet wurde, rückte die Rassismus-Debatte in Deutschland immer mehr in den Vordergrund des politischen Diskurses. Auch die internationale Protestbewegung Black Lives Matter (BLM) erlangte einen immensen Aufschwung. Denn die Proteste, die seit 2013 stattfinden, richten sich gegen die Tötung *Schwarzer* durch Polizeibeamte und Problemen wie Racial Profiling, Polizeigewalt und Rassismus.[1] George Floyd selbst war ein *Schwarzer* Mann, der von einem *weißen* Polizisten getötet wurde. Durch die Globalisierung kursierte der Videoclip, in dem die grausame Tat begangen wurde, um die ganze Welt und belastete vor allem *Schwarze* Menschen auf psychischer, aber auch physischer Ebene enorm. Denn Vorkommnisse dieser Art sind keine Einzelfälle. Das haben die vergangenen Monate deutlich gezeigt. Diese Zeit ist besonders für BIPOC (*Black, Indigenous* und *People of Color*) sehr kräftezehrend. Wir, als *weiße* Personen, können von BIPoC daher nicht verlangen uns die antirassistische und antifaschistische Bildungsarbeit abzunehmen oder ständig von ihren Gefühlen und Gedanken zusprechen.

Im Zuge der Rassismus Debatte sollte es aber selbstverständlich sein, dass BIPoC Perspektiven Gehör finden müssen, da diese in der Regel unterrepräsentiert sind. Ob in den Medien, im Alltag oder im Arbeits- und Schulleben, BIPoC werden oft nur als Objekt und nicht als Subjekt behandelt. Wir reden über die vermeintlichen Gefühle und Gedanken von BIPoC und geben ihnen gleichzeitig kaum die Möglichkeiten von und über sich zu sprechen.[2] Auf der anderen Seite werden sie förmlich in den Vordergrund gedrängt, um oberflächlich Quoten zu erfüllen oder das Image einer *weißen* Gruppe aufzubessern. Dieses Vorgehen wird als Tokenismus bezeichnet.[3]

Bereits an diesem Punkt können wir feststellen, dass Rassismus nicht nur eine Form von Diskriminierung, sondern ein sehr komplexes Gesellschaftssystem ist. Als *weiße* Menschen müssen wir uns bewusstwerden, dass wir Teil dieses Systems sind. Somit sind wir Teil des Problems. Wir sind es, die von der White Supremacy (englisch für weiße Vorherrschaft, Überlegenheit der Weißen) und ihren daraus folgenden Privilegien profitieren.[4] Dabei ist es wichtig zu erwähnen, dass wir uns aufgrund unserer Hautfarbe per se nicht schuldig fühlen müssen. Weder eine *weiße* Person noch irgendeine BIPoC ist aufgrund seiner*ihrer Hautfarbe ein besserer oder schlechterer Mensch.

Es heißt auch nicht, dass Weißsein eine Garantie für ein unbeschwertes Leben ist, wir können *weiß* sein und nicht „komplett" privilegiert sein. Als *weiße* Frau bist du gegenüber einem *weißen* Mann auch heutzutage noch oft im Nachteil.[2]

Ob wir den Status des Weißseins haben, ist relativ, denn dieser ist immer im Kontrast zu unserer Umgebung und unseren Mitmenschen zu betrachten.[5] So kann ich, als mixed asian neben einer *Black* Person *weiß* sein, neben einer anderen *weißen* Person aber eine Person of Color. Mit Weißsein ist also nicht nur die Hautfarbe gemeint, sondern die Stellung, die man in der Gesellschaft aufgrund dieser Kategorisierung einnimmt.

Wenn wir uns als *weiß* wahrnehmen oder wahrgenommen werden, sollten wir uns bewusst sein, dass Weißsein in einer rassistisch strukturierten Gesellschaft die Norm ist. Somit erfahren wir aufgrund unseres Weißseins keine Nachteile. Wir profitieren von Rassismus, indem wir weiße Privilegien genießen. Das größte Privileg ist wahrscheinlich, dass wir uns nicht mit dem eigenen Weißsein auseinandersetzen müssen, wenn wir es nicht wollen.

Um diese rassistischen Strukturen zu erkennen und zu hinterfragen ist die Auseinandersetzung mit dem Thema Rassismus notwendig. Dieser Reflektionsprozess ist für viele *Weiße* sehr unangenehm, weil uns bewusst wird, dass wir nicht mehr als Individuum, sondern als Teil eines Kollektivs wahrgenommen werden. Ein Kollektiv, welches BIPoC unterdrückt.[2] Das Gefühl eine gewisse „Mittäter*innenschaft" zu haben und somit schuldig zu sein, ist für viele vielleicht unerträglich. Diese Selbstreflexion ist aber wichtig und richtig und sollte weder dazu beitragen sich gut zu fühlen, noch dazu führen sich in einem guten Licht zu präsentieren.

Um die Theorie in die Praxis umzusetzen, müssen wir *Weißen* selbst aktiv werden. Es ist notwendig, dass wir uns informieren, sensibilisieren und reflektieren. Wir sollten nicht nur unser eigenes, sondern auch das Handeln unserer Mitmenschen hinterfragen und uns aktiv für BIPoC einsetzten. Wenn wir über unsere Erfahrungen sprechen, dürfen wir damit keine Rassismen reproduzieren, sondern müssen verantwortungsbewusst mit unserer Stimme umgehen. Doch sollte uns die Angst, etwas Falsches zu sagen, nicht davon abhalten uns weiterhin mit diesem Thema zu beschäftigen.[5]

Dieser nicht endende Lern- und Reflektionsprozess kann sehr mühsam sein. Ayline Karabulut, eine Migrations- und Ungleichheitsforscherin, äußerte sich in einem Podcast zum Thema „Weiße Privilegien und Rassismusforschung" folgendermaßen: „Das ist kein Ziel, sondern ein Weg. [...] Man ist nie angekommen, sondern macht sich auf den Weg und gesteht sich ein, dass man eben auf eine bestimmte Art und Weise sozialisiert wurde und dass es Ungleichheiten gibt und dass man aber nicht mehr Teil des Problems sein möchte, sondern Teil der Lösung."[2]

Kritisches Weißsein allein bewirkt noch lange keine Abschaffung von strukturellem Rassismus. Doch es ist ein sehr bedeutender Teil im Kampf gegen die Unterdrückung von BIPoC, denn nur wenn wir uns bewusst machen, welche Position wir einnehmen und Privilegien wir aufgrund unseres Weißseins genießen, können wir diese nutzen um marginalisierte (MARGINALISIERUNG) Gruppen zu Unterstützen.

An dieser Stelle kann eine Verbindung zwischen kritischem Weißsein und Klimagerechtigkeit geknüpft werden. Das Ziel der Klimabewegung ist es, Klimaschutz gerecht zu gestalten. Dafür ist es notwendig alle ökologischen, ökonomischen, politischen und sozialen Aspekte miteinzubeziehen sowie zu begreifen, dass diese sich gegenseitig bedingen. In Deutschland wird die Klimagerechtigkeitsbewegung hauptsächlich von *weißen* Personen repräsentiert. Um klimagerecht handeln zu können und sich für andere einzusetzen, müssen diese Personen sich ihrer Position und ihren Privilegien in der Gesellschaft bewusst sein. ◂

1 Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Black_Lives_Matter (letzter Zugriff 03.10.2020).

2 Vgl. https://youtu.be/XS01aBy-zsw (letzter Zugriff 03.10.2020).

3 Vgl. https://de.m.wikipedia.org/wiki/ (letzter Zugriff 03.10.2020).

4 Vgl. https://de.m.wikipedia.org/wiki/White_Supremacy (letzter Zugriff 03.10.2020).

5 (Vgl. https://open.spotify.com/episode/4lMi2R7jp7REBDamYhJeQN?si=UCZ8STXRTNWTbheqIzWTtg (letzter Zugriff 03.10.2020).

6 https://www.hyperkulturell.de/glossar/critical-whiteness/ (letzter Zugriff 03.10.2020).

„ [...] Man ist nie angekommen, sondern macht sich auf den Weg und gesteht sich ein, dass man eben auf eine bestimmte Art und Weise sozialisiert wurde und dass es Ungleichheiten gibt und dass man aber nicht mehr Teil des Problems sein möchte, sondern Teil der Lösung.“

Ayline Karabulut

Statement von Migrantifa for Future, Punkt: 9.2

https://m.tagesspiegel.de/wissen/critical-whiteness-neue-perspektive-der-rassismusforschung-von-den-opfern-zu-den-taetern/13600832-2.html (letzter Zugriff 03.10.2020).

https://ze.tt/kritisches-weisssein-wissenschaftlerin-stellt-rassismuskritische-fragen-an-weisse/ (letzter Zugriff 03.10.2020).

https://www.jetzt.de/politik/kritisches-weiss-sein-weisse-berichten-auf-twitter-wann-sie-rassistisch-waren (letzter Zugriff 03.10.2020).

https://www.gender-nrw.de/home_new/fuma-fortbildungen/rassismuskritikkritischesweisssein/ (letzter Zugriff 03.10.2020).

https://www.spiegel.de/kultur/kritischesweisssein-aufruf-von-malcolm-ohanwe-zur-selbstreflexion-weisser-leute-a-2892bccb-2971-40c7-a272-4224ebe0d48b (letzter Zugriff 03.10.2020).

Weiterführende Materialien:

Noah Sow (2018): Deutschland Schwarz Weiß.

Reni Eddo-Lodge (2019):Warum ich nicht länger mit Weißen über Hautfarbe spreche.

Alice Hasters (2019): Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen: aber wissen sollten.

Tupoka Ogette (2017): Exit Racism.

Anna Greve (2013): Farbe – Macht – Körper Kritische Weißseinsforschung in der europäischen Kunstgeschichte.

Podcasts:

Malcom Ohanwe und Marcel Aburakia: Kanackische Welle

Made in Germany

Alice Hasters und Maximiliane Haecke: Feuer & Brot.

Fragen um sich zu reflektieren:

Die 30 Fragen von der #ChallengingWhiteness von Josephine Aparaku, die Fragen sind auf ihrem Instagram Account zu finden

Lucia Parbel
Fridays for Future Stuttgart

This is what democracy looks like

Eine der Fragen, die Klimaaktivist*innen wohl am häufigsten hören, ist: Wollt ihr eine Ökodiktatur? Aber gerade die Klimabewegung versucht, einen demokratischen Weg aus der Klimakrise zu finden. KLIMAGERECHTIGKEIT, darüber sind sich die meisten einig, gibt es nur demokratisch. Nur: Wie kann diese Demokratie aussehen? Was verändert sich in einer klimagerechten Demokratie im Vergleich zu heute? In diesem Text werden demokratische Ideen und Konzepte vorgestellt, die in der Klimabewegung bereits gelebt werden.

Die Klimagerechtigkeitsbewegung hat neue Ideen für eine moderne Demokratie

So sind beispielsweise Bürger*innenversammlungen das Steckenpferd von Extinction Rebellion (XR). Nach „Sagt die Wahrheit" und „Handelt jetzt", lautet die dritte Forderung von XR: „Die Regierung muss eine Bürger*innenversammlung für die notwendigen Maßnahmen gegen die ökologische Katastrophe und für Klimagerechtigkeit einberufen. Die Regierung muss nach deren Beschlüssen handeln."[1] Im Bürger*innenrat sollen durch ein ausgeklügeltes Losverfahren alle Gruppen der Gesellschaft repräsentiert sein und so ausgleichen, dass in unseren Parlamenten tatsächlich vor allem alte, weiße Männer sitzen.[2]

Ob Klimaschutz in die Verfassung aufgenommen werden sollte, damit haben sich die Initiator*innen von German Zero befasst. Sie haben einen Klimaplan[3] geschrieben und arbeiten (demokratisch und mit allen, die Lust haben mitzuwirken) weiter daran, darauf basierend Gesetzesentwürfe zu schreiben.[4] Mit dem großen Ziel, Deutschland bis 2035 klimaneutral zu machen. Sie greifen also die wissenschaftlich hergeleitete Kernforderung von FFF auf und ziehen daraus ganz konkrete Schlüsse, wie Deutschland als Staat mit den Mitteln der Demokratie dieses Ziel erreichen kann.

Was bedeutet *Klimanotstand?* Konstanz rief im Mai 2019 den KLIMANOTSTAND aus und verpflichtete sich dazu, bei lokalpolitischen Entscheidungen die Klimafolgen dieser Entscheidung immer mit zu berücksichtigen. Klimanotstand ist aber ein verwirrender Name: Die Assoziation zu den deutschen Notstandsgesetzen liegt nahe und man denkt schnell an Kriegszustände und autoritäre Regierungen. Dabei ist das gar nicht gemeint, sondern das Wort Notstand beschreibt einfach, dass es sich um eine akute Krise handelt, die schnelles und konsequentes politisches Handeln erfordert. Ein möglicher anderer Name für den Notstand wäre vielleicht *Klimanotfall* – das wäre weniger kontrovers, würde aber inhaltlich das gleiche transportieren.

Die Sache mit dem Wahlalter

Zu Beginn der Schulstreiks fürs Klima wurden Streikende oft gefragt, ob sie für eine Senkung des Wahlalters seien. Die meisten wichen dieser Frage aus. Denn diese Frage ist zwar wichtig, aber wahr ist auch: Nur die Absenkung des Wahlalters auf 16, 14, 12 Jahre löst nicht die Klimakrise. Dazu brauchen wir größere Antworten, die das ganze System in den Blick nehmen – und nicht nur eine kleine Wahlreform, die niemandem weh tut.

Außerdem ist die Frage irreführend: Sie gaukelt Gerechtigkeit vor, wo sie nur eine von vielen benachteiligten Gruppen in den Blick nimmt. Klar, es geht in der Klimakrise um Generationengerechtigkeit. Es ist wichtig, dass die Stimmen der jungen Menschen gehört werden. Es geht aber auch – und viel akuter – um soziale und globale Gerechtigkeit.

Denn in Deutschland gibt es viele Menschen, deren Stimmen wenig Gehör finden. Sei es, weil sie unter rassistischen, unter klassistischen oder sexistischen Machtstrukturen leiden. Oder eben unter adultistischen, wie die Diskriminierung aufgrund eines jüngeren Alters genannt wird. Wir brauchen für eine klimagerechte Demokratie also komplexere Antworten als ein abgesenktes Wahlalter. Selbst, wenn wir ein demokratisches System schüfen, das die Stimmen all dieser Menschen gleich berücksichtigen würde: Menschen im Globalen Süden ist damit immer noch kein Mitspracherecht in Sachen Klimakrise gegeben. Es ist die größte Herausforderung der Demokratie eine wirklich gerechte Teilhabe an der Klimapolitik für alle Betroffenen zu ermöglichen. Denn betroffen sind alle Menschen. Darum versuchen manche Akteur*innen in der Klimabewegung, tiefgreifende Lösungen für dieses Problem der ungerechten Teilhabemöglichkeiten zu finden. So gibt es spannende Experimente mit einem innovativen Demokratiemodell in Rojava (siehe: Solidarität mit Rojava!), einem kurdischen Gebiet in Nordsyrien. Anarchistische Ideen und Diskussionen im Kleinen gibt es zum Beispiel bei Ende Gelände oder im Dannenröder Wald.

Die Frage bleibt, wie man Entscheidungen fällt, mit denen alle leben können und bei denen die Interessen von Minderheiten auch wahrgenommen werden.

Demokratie neu gedacht: Wie kann ein „Systemchange“ aussehen?

Ein neues Verständnis von Demokratie – darum geht es beim „demokratischen Konföderalismus“,[5] der auch in Rojava gelebt wird, einem kurdischen Gebiet in Nordsyrien mit 4,6 Millionen Einwohner*innen. Die Menschen in Rojava sind der Überzeugung, dass unser Verständnis von Demokratie problematisch ist. Darum probieren sie etwas Neues aus. Der demokratische Konföderalismus ist wichtig für die Klimagerechtigkeitsbewegung, weil er vielen Menschen Hoffnung gibt auf die Möglichkeit eines Systems, das eine echte Alternative zum Status Quo sein könnte. Diese Demokratievorstellung mit dem langen Namen beruht auf den Ideen von Abdullah Öcalan.

Öcalan ist ein Mitgründer der inzwischen verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK. Er lehnt den Nationalstaat ab, weil er ein Konstrukt sei, das kapitalistische Machtstrukturen erhalte. Untrennbar verbunden mit der Unterdrückung im KAPITALISMUS ist laut Öcalan die Unterdrückung von Frauen. Der demokratische Konföderalismus hingegen sei eine „Demokratie ohne Staat“. Ökologie und Feminismus sind zentrale Pfeiler dieser Demokratievorstellung. Deshalb wird dieses Demokratiemodell in der Klimabewegung viel diskutiert und von vielen als plausible Lösung betrachtet.

Demokratiekonzepte bei aktivistischen Gruppen

Ende Gelände und temporäre Gruppen wie die, die bei Besetzungen entstehen, sind inhaltlich schwer zu greifen. Es ist daher nicht möglich, hier in wenigen Worten zu erklären, welche Demokratievorstellungen es dort ganz genau gibt. Daher kann hier nur in wenigen Stichpunkten erklärt werden, welche Demokratiebegriffe es in diesen Umfeldern gibt.

So gibt es zum Beispiel in vielen Gruppierungen, auch bei Ende Gelände, das sogenannte Konsensverfahren. In den meisten demokratischen Prozessen, die wir kennenlernen, wird die Minderheit in einer Abstimmung einfach links liegen gelassen. Ihre Bedenken oder Einwände gegen eine Idee werden nicht beachtet, weil der Großteil einer Gruppe sie nicht teilt. Zum Beispiel bei der Wahl der Klassensprecherin, bei der einfach die Mitschülerin das Amt bekommt, die die meisten Stimmen hat. Dieses Prinzip des Überstimmens gibt es im Konsensverfahren nicht. Stattdessen wird eine Idee gründlich besprochen und so lange mit allen Gruppenmitgliedern an ihr gefeilt, bis sich alle mit ihr anfreunden können. Diese Situation nennt man dann „Konsens“ und sie bedeutet, dass die Idee umgesetzt werden kann. Bis es dazu kommt, kann es manchmal lange dauern: Alle Gruppenmitglieder können in mehreren Abstufungen der Zustimmung ausdrücken, wie stark ihre Veränderungswünsche sind. So können „leichte“ oder „starke Bedenken“ eingelegt werden; in besonderen Fällen kann die Minderheit auch ein Veto einlegen, dass den Entscheidungsprozess zurück auf „Null“ setzt.

Dieses basisdemokratische Prinzip wird häufig in Aktionen des zivilen Ungehorsams von Ende Gelände eingesetzt, um sicher zu stellen, dass alle Menschen in der Aktion sich sicher fühlen und den nächsten Schritt auch wirklich mittragen (können). So kann eine Gruppe geeint auftreten. Allerdings eignet sich diese Methode auch nicht immer. Zum Beispiel hat sie bei der Bewegung Occupy Wallstreet zu großen Problemen geführt. Manche sagen: zu ihrem Scheitern. Das gründliche Ausdiskutieren in großen und vielen Gruppenbesprechungen hat dort dazu geführt, dass Entscheidungen manipuliert oder an den offiziellen Strukturen vorbeigetroffen wurden. So entstanden informelle Hierarchien, die den Zusammenhalt schädigten.

Außerdem zweifeln viele daran, wie gut sich das Konsensprinzip auf große Gruppen oder Areale anwenden lässt. Konsensieren funktioniere nur in kleinen und relativ homogenen Gruppen wie der Klimabewegung, in einem Staat wie Deutschland (oder in einer anderen, großen, heterogenen Verwaltungsform) nicht. Zu viele unterschiedliche Meinungen lägen vor. Auch dauert ein Konsensprozess schon in einer kleinen Gruppe lange; wie sollen also wichtige Entscheidungen effizient getroffen werden, wenn ganz viele Menschen beteiligt sind? Denn ja: menschliches Zusammenleben wird immer von Konflikten geprägt sein. Die Frage bleibt, wie man Entscheidungen fällt, mit denen alle leben können und bei denen die Interessen von Minderheiten auch wahrgenommen werden.

Demokratie im Dannenröder Wald

In der Besetzung im Dannenröder Wald (Danni), einem Waldstück in Nordhessen, versuchen die Menschen herrschaftsfrei miteinander zu leben. Sie protestieren gegen den Bau einer Autobahn durch den Wald, und leben gleichzeitig so zusammen, wie sie es sich für eine klimagerechte Zukunft wünschen. Die Menschen dort organisieren sich so: In abendlichen Plena für alle Menschen in der Besetzung wird besprochen, welche kleinen und großen Aufgaben es zu erledigen gibt. Dann melden sich alle Menschen, die Lust haben, sie zu übernehmen. Wer Lust hat, etwas anderes zu tun – zum Beispiel ein neues Baumhaus zu bauen oder einen Lehmofen – spricht das dort ab oder einfach mit den Menschen, die es betrifft. Es gibt keine Vorgaben, keine festen Strukturen, die sich ein Mensch oder eine kleine Gruppe von Menschen vorher überlegt haben.

Dieses Zusammenleben ist getragen von gegenseitiger Rücksichtnahme, die ein bisschen dem Konsensprinzip ähnelt: Es werden (meistens) sachlich Argumente für oder gegen Ideen und Vorhaben besprochen. Allerdings haben diese Entscheidungsprozesse keine formale Struktur, darum lebt die Selbstorganisation in der Besetzung vor allem von einem gemeinsamen Verantwortungsgefühl. Es bedeutet eine sehr große individuelle Freiheit. Manchmal sind Menschen aber auch frustriert davon: Es gibt so viele Menschen mit ganz verschiedenen Meinungen, dass es sehr schwierig sein kann, einen gemeinsamen Plan zu machen – denn unter den Besetzenden findet sich sicherlich ein Mensch, der Bedenken dagegen hat.

Zum Unterschied zwischen ökologischer Ordnungspolitik und der Idee einer „Ökodiktatur“

Weniger revolutionäre, pragmatischere Ideen wie die einer (sozial-)ökologischen Ordnungspolitik, die man zum Beispiel beim Transformationswissenschaftler Harald Welzer finden kann, gehören auch zur Debatte um Demokratie und Klima.[6] Welzer selbst spricht manchmal von „Law and Order“, um der Klimakrise zu begegnen. Mit dem Schlagwort „Law and Order“, also „Recht und Ordnung“, zitiert Welzer Margaret Thatcher, eine frühere Premierministerin von Großbritannien, die für ihren harten, neoliberalen Kurs in der Wirtschaftspolitik und ihre konservative Einstellung berüchtigt ist. Indem er sich auf sie bezieht, provoziert er – was er tatsächlich meint, ist aber viel harmloser als es jetzt gerade klingt. Welzer steht für Reformen, für Ver- und Gebote, eben: Klimarecht und -gesetzgebung, für eine ökologische Ordnungspolitik. Es geht dabei darum, im bestehenden System nach den Lücken zu suchen, die klimaschädliches Handeln erlauben oder gar belohnen und diese durch entsprechende Gesetze zu schließen. Beispiele für mit diesem Denken verwandte Ideen sind eine CO_2-Steuer, die auch *Fridays for Future* fordert. Oder eine Limitierung der Anzahl an Flügen, die allen Bürger*innen Deutschlands pro Jahr zu Verfügung stehen. Letzteres würde bedeuten, dass man nicht mehr als zwei (oder mehr oder weniger) Flüge pro Jahr machen darf – einen hin und einen zurück.

Ein weiterer bekannter Vertreter einer sozial-ökologischen Ordnungspolitik ist der Philosoph Richard David Precht. Er sagt: „Die Menschen lieben Verbote.“[7] Als Beispiel zählt er ein Verbot der Massentierhaltung auf, hinter dem bereits eine Mehrheit der Bevölkerung stehe; ein Verbot von Plastiktüten oder eines von SUVs in der Innenstadt. Sie alle seien ökologisch sinnvoll und deshalb wichtige ordnungspolitische Maßnahmen gegen die Klimakrise. Er sagt, dass sich die Menschen nicht nur im Laufe kurzer Zeit an diese Verbote gewöhnen würden, sondern sie sogar wertschätzen lernen würden – wie beim Rauchverbot in der Gastronomie. Es könnte sehr erleichternd sein, sich über bestimmte Dinge wie die Verpackung um das Gemüse, das ich kaufen möchte, keine Gedanken mehr machen zu müssen, weil es sie einfach nicht mehr gibt. Auch kann dann Menschen, die sich teure Bioprodukte und ähnliches nicht leisten können, ihr Konsum nicht mehr zum Vorwurf gemacht werden. Es gilt und gibt dann eben für alle das Gleiche, das wäre halbwegs fair – vorausgesetzt, die Gesetze werden sorgfältig, weitsichtig und unter Einbezug marginalisierter (Marginalisierung) Gruppen gemacht. Das Endergebnis wäre dann vielleicht ähnlich der Straßenverkehrsordnung: Ich mache mir ja auch keine Gedanken, ob ich an einer großen Kreuzung heute bei Rot halte oder nicht, ich mache es einfach, weil ich muss. Der Idee liegt das Phänomen der *Shifting Baselines* zugrunde, das – ganz einfach gesagt – beschreibt, dass sich die Maßstäbe von Menschen für das was normal ist, im Laufe der Zeit verändern.

Viele Menschen sprechen hier nun von einem „Verbotskult“ oder von „Freiheitsberaubung“. Die Angst vor einer „Ökodiktatur“ setzt hier an. Es wird das falsche Bild heraufbeschworen, nämlich dass die Maßnahmen gegen die Klimakrise allein in Verboten bestünden. Zuallererst wird dabei unter den Teppich gekehrt, dass Ordnungspolitik auch *Ge*bote erzeugt – wie zum Beispiel das Recht auf zwei Flüge im Jahr. Trotzdem wird behauptet durch ökologische Gesetzgebung bestünde die Gefahr, dass scheibchenweise die persönliche Freiheit der Bürger*innen in Deutschland untergraben werde. Diese Befürchtung lässt außer Acht, dass Precht, Welzer und andere nur das Mindestmaß an Reformen fordern. Sie nennen ein paar Beispiele, weil sie versuchen konkret zu machen, was erforderlich ist, um sich politisch entsprechend der Wissenschaft zu verhalten.

Außerdem verdreht diese Argumentation die Realität: Denn in Wirklichkeit beschneiden privilegierte Menschen in (reichen) Regionen, die von der Klimakrise kaum betroffen sein werden, die reichen Menschen im Globalen Norden (Globaler Süden / Globaler Norden) durch ihr unökologisches Verhalten die Freiheit der Menschen, die nicht so viel Geld und Ressourcen zur Verfügung haben. Viele Menschen leben schon heute in Armut und leiden unter einer Ungleichheit, die durch die globalen Handelsstrukturen ausgelöst wurden. Diese Strukturen machen die einen arm, damit die anderen reich sein können und die Klimakrise treibt diese Ungerechtigkeit auf die Spitze. Denn genau diese globale Asymmetrie finden wir auch an der Wurzel der ökologischen Krise. Maßvolle und zielgerichtete Ver- und Gebote würden dieses Ungleichgewicht womöglich ein bisschen geraderücken. Sie würden zudem auch von einer demokratisch gewählten Regierung verabschiedet – von Ordnungspolitik eine gerade Linie zu einer Diktatur ziehen zu wollen, ist also mehr als gewagt. Es ist vielmehr der Versuch, bestimmte Akteur*innen der Klimabewegung zu diskreditieren.

Allerdings gibt es an dieser Idee auch Kritik von Menschen in der Klimabewegung, die einen radikalen Ansatz befürworten. Reine Ordnungspolitik innerhalb des kapitalistischen Systems, sagen sie, könne niemals die Wurzel des Problems erreichen. Ihre Analyse geht tiefer und benennt Herrschaftsstrukturen wie den Kolonialismus und den globalen Kapitalismus als wahre Ursache der Klimakrise. Sie finden das derzeitige demokratische System könne der Klimakrise nichts entgegensetzen, weil es aus den gleichen Herrschaftsstrukturen entstanden ist und diese reproduziert. Eine klimagerechte Welt könne innerhalb des Systems nicht geschaffen werden. Ein reformistischer Ansatz wie der, den Welzer vorstellt, reicht ihnen nicht aus. Diese Menschen setzen sich häufig für einen Systemwandel beziehungsweise einen Systemwechsel ein, der eben zum Beispiel so aussehen kann wie im Dannenröder Wald oder bei Ende Gelände Plena.

Demokratischer Protest gegen die Klimakrise

Mit unserem jetzigen Demokratiekonzept und dem jetzigen Wirtschaftssystem können wir der Klimakrise nicht begegnen. Klimagerechtigkeit lässt sich darin nicht verwirklichen. Die Klimabewegung ist sich einig, dass das Wirtschaftssystem anders aussehen muss. Die Probleme des bisherigen Systems sind der Glaube an ein unbegrenzt mögliches Wirtschaftswachstum und eine radikale Marktgläubigkeit. Für eine Veränderung braucht es stärkere Teilhabe in demokratischen Prozessen und eine Demokratisierung der Wirtschaft, sodass das Wohl der Menschen und nicht der Profit im Vordergrund stehen. Dazu gibt es verschiedene Ideen und Ansätze, die diskutiert werden. Was klar ist: Der Weg in ein neues System muss demokratisch sein. Welche Art von Demokratie dafür nötig ist, müssen wir als Gesellschaft weiterhin diskutieren.

Mehr Teilhabe, mehr Mitbestimmung, mehr Demokratie. Wir brauchen mehr davon. Gruppierungen, die sich der Klimabewegung zuordnen sind demokratisch Die Klimabewegung ist auch eine Demokratiebewegung.

Fridays for Future ist eine demokratische Selbstermächtigung. Ich habe gelernt, wie viel Macht meine Stimme hat, wenn ich mich mit Anderen zusammenschließe. Ich habe gelernt, wie befreiend es ist, in selbstorganisierten Gruppen zu arbeiten. Gemeinsam erkämpfen wir uns Räume in der politischen Debatte. Wir lenken damit Aufmerksamkeit auf Themen wie die Klimakrise. Wir nutzen das Recht auf Protest, auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit, die demokratische Gestaltung ermöglichen. Diese befreiende Erfahrung ist nicht nur ein Privileg von wenigen streikenden Schüler*innen, Studierenden und Azubis. Selbstwirksamkeit – so der Fachbegriff – erleben alle, die sich ein-, zweimal auf eine Demo getraut haben. Wer den Verdacht hat, dadurch etwas ändern zu können und dann inmitten eines Großstreiks erlebt, wie viele andere diesen Verdacht auch hatten, nimmt etwas mit.

Protestaktionen der Klimagerechtigkeitsbewegung sind eine Schule für die Kernkompetenz zum Klimaschützen: Das Einfordern von Veränderung und die positive Bereitschaft, sich selbst zu ändern.

Die Klimabewegung versucht, diesen Weg neu zu denken und ihn zu gehen. Nicht immer gelingt das. Aber eins macht sie damit klar, nämlich den hohen Stellenwert, den Demokratie in ihr einnimmt. ◂

Mehr Teilhabe, mehr Mitbestimmung, mehr Demokratie. Wir brauchen mehr davon.

1 extinctionrebellion.de/wer-wir-sind/unsere-forderungen/ (letzter Zugriff 03.10.2020).

2 https://www.bundestag.de/abgeordnete/biografien/mdb_zahlen_19/frauen_maenner-529508 (letzter Zugriff 03.10.2020).

3 Ihr habt keinen Plan, darum machen wir einen! 10 Bedingungen für die Rettung unserer Zukunft – vom Jugendrat der Generationenstiftung, 2019.

4 germanzero.de/ (letzter Zugriff 03.10.2020).

5 Demokratischer Konföderalismus. Von Abdullah Öcalan, erschienen bei der Internationalen Initiative im Mesopotamien-Verlag Neuss, 2012. Abrufbar unter: https://bit.ly/2H8qtL2

6 Harald Welzer (2019): Alles könnte anders sein. Eine Gesellschaftsutopie für freie Menschen.

7 https://utopia.de/richard-david-precht-verbote-klimawandel-146610/ (letzter Zugriff 04.10.2020).

8 Jugendrat der Generationenstiftung (2019): Ihr habt keinen Plan, darum machen wir einen! 10 Bedingungen für die Rettung unserer Zukunft.

RETTET
MICH!

Alternative Erzählungen

Caroline Kunz
Fridays for Future Tübingen

Eine ganzheitliche Perspektive muss das Fundament sein, auf dem der Kampf für Klimagerechtigkeit aufbaut. Aber wie lassen sich alle verschiedenen Teilbereiche in einem gemeinsamen Projekt vereinen? An dieser Stelle soll ein Ausblick folgen. Wir wollen euch alternative Erzählungen zum Status Quo näherbringen.
„Im Schock über den Vorwurf von Fake News, Im Entsetzen über Menschenjagden und ‚Zivilisationsbrüche', in der erhitzten Diskussion über den Umgang mit Rechten [...] zeigt sich eine Leerstelle. Es scheint leichter, die Folgen der Idee von Ausgrenzung und Konkurrenz ein bisschen einzudämmen, als die Idee grundsätzlich in Frage zu stellen."[1] Aber genau das brauchen wir jetzt – wir müssen eine eigene Geschichte entwerfen. Eine Geschichte, die Lebensrealitäten in Aussicht stellt, an denen möglichst viele mitgestalten wollen. Ein Entwurf, der Konkurrenzdenken, Unterdrückung und Ausgrenzung der Mülldeponie zuordnet. Stattdessen soll er für eine eigene Idee von Zusammenleben stehen mit der wir uns identifizieren können und die wir anstreben wollen. Bislang fehlt diese (neue) Erzählung. Aber darauf wollen wir hinarbeiten; unter anderem, indem wir euch schlaglichtartig fundamental neue Konzepte aufzeigen.

Rethinking Economics plädiert zunächst auf einen breiten (pluralen) Blick auf Wirtschaftssysteme. Eine Alternative zum Kapitalismus finde sich nur, wenn man verschiedene Ideen miteinander abwägt, verwebt und ausprobiert. Danach folgt eine Einführung in das Modell Kreislaufwirtschaft. Hier wird jedes Produkt so konstruiert und gefertigt, dass nach der Nutzung alle Materialien entweder wiederverwendet werden können oder biologisch abbaubar sind. Das würde ein Ende von Müll bedeuten. Ähnlich bei der Gemeinwohlökonomie (GWÖ): Produkte sollen nicht des Profits wegen, sondern für menschliche Bedürfnisse hergestellt (und wiederbenutzt) werden. In einer GWÖ würden große Konzerne vergesellschaftet. Unternehmen würde anhand eines Punktesystems eine „Gemeinwohlbilanz" ausgestellt, deren Ergebnis sie auf dem Markt bevorzugt oder benachteiligt. Abschließend blicken wir nach Rojava, der autonomen kurdischen Zone in Nord- und Ostsyrien. Hier versuchen die Menschen bereits einen anderen Lebensentwurf zu leben. Ihr Demokratiekonzept sieht anders aus als unsere repräsentative Demokratie. Sie führen einen Kampf gegen das Patriachat, gegen staatliche Unterdrückung und gegen Islamistengruppen. Durch regionale Kooperativen über die die Arbeiter*innen entscheiden, bauen sie eine Alternative zur kapitalistischen Wirtschaft.

Diese praktischen und theoretischen Entwürfe zeigen, dass eine andere Welt möglich ist. Zwischen feministischen, ökologischen, sozialen und migrationspolitischen Ideen lassen sich Verbindungen knüpfen. Dieses Netz aus politischen Zusammenhängen lässt sich noch um einiges weiterspinnen. Wir hoffen, hierüber mit euch Leser*innen in einen Dialog treten zu können. Gerne wollen wir eure alternativen Erzählungen hören! ◂

„[...] Es scheint leichter, die Folgen der Idee von Ausgrenzung und Konkurrenz ein bisschen einzudämmen, als die Idee grundsätzlich in Frage zu stellen."[1] Aber genau das brauchen wir jetzt – wir müssen eine eigene Geschichte entwerfen. Eine Geschichte, die Lebensrealitäten in Aussicht stellt, an denen möglichst viele mitgestalten wollen.

1 Fritszche, Julia (2018): Tiefrot und radikal bunt. Für eine neue linke Erzählung. S. 15.

Klimagerechtigkeit und Plurale Ökonomik – wie passt das zusammen?

Oder: auf der Suche nach anderen Wirtschaftssystemen

Die Klimabewegung gewinnt an Momentum und Lautstärke – und damit auch die Erkenntnis, dass der katastrophale Zustand dieser Welt viel mit unserem Wirtschaftssystem zu tun hat. Dass KLIMAGERECHTIGKEIT und KAPITALISMUS nicht wirklich miteinander zu vereinbaren sind, wird an anderer Stelle der Broschüre (siehe: Was wollen wir retten? Das Klima oder den Kapitalismus?) erläutert. Wendet man sich den Wirtschaftswissenschaften zu, stößt man oft auf nur wenig Gegenliebe, geschweige denn auf befriedigende Antworten. Ist die Plurale Ökonomik eine Lösung dafür? Wir möchten darauf zwei Antworten geben: ja und nein. In diesem Gastbeitrag möchten wir trotz der vielen Schwierigkeiten auf die Frage nach dem besseren Wirtschaftssystem einen Antwortversuch geben: nicht ein System ist die Lösung, sondern eine Vielfalt an praktischen und pragmatischen Ansätzen.

Beginnen wir zunächst mit der etwas trockenen, aber doch sehr wichtigen Unterscheidung zwischen ÖKONOMIE und ÖKONOMIK. Die Ökonomie ist das, was wir vielleicht als „das Wirtschaftsleben" umschreiben können: das schier unglaublich komplexe Netz aus Firmen, die produzieren oder eine Dienstleistung anbieten und dabei Menschen anstellen, die mit dem Gehalt ihre Familien versorgen. Aber auch zum Beispiel Banken, die Kredite und Darlehen für Zinsaufwendungen vergeben und Menschen, die mit Wertpapieren oder Anleihen handeln. Es sind Menschen, die besser oder schlechter (oder gar nicht!) für ihre Pflege- oder Denkarbeit bezahlt werden – das alles ist die Ökonomie.

Die Ökonomik ist die Wissenschaft von oder über die Ökonomie. Wissenschaftler*innen möchten hier verstehen, wie genau der Leitzins, die Arbeitslosigkeit und die Staatsausgaben zusammenhängen. Dazu bilden sie Theorien und forschen nach bestimmten Methoden. Was als eine wissenschaftliche „Theorie" gelten darf, beurteilen Wissenschaftsphilosoph*innen unterschiedlich. Die neoklassische Ökonomik folgt weitgehend einem pseudonaturwissenschaftlichen Theorieverständnis. Dabei gilt: „die" Ökonomie ist ein passives Beobachtungsobjekt, und Forschung besteht in der ganz und gar wertfreien (positivistischen) Beschreibung jenes Objekts und seiner mathematischen Modellierung.[1] Aber Moment, neoklassische Ökonomik? Dieser Begriff führt uns bereits zum Kern der Pluralen Ökonomik: es existieren viele Theorie- und Denkschulen in der Ökonomik. Feministische, Ökologische, Post-Keynesianische Ökonomik und viele mehr – wer genau nachlesen und lernen möchte, stöbert am besten durch die Online-Lernplattform *Exploring Economics*, wo jede Denkschule auf eine leicht verständliche und wissenschaftliche Weise vorgestellt wird.[2] Das Anliegen derer, die sich für die *Plurale Ökonomik* einsetzen, ist es, in der Forschung und Lehre an Universitäten diese Vielfalt von Denkschulen abzubilden, denn (noch) dominiert eine einzige Denkschule: die oben

bereits erwähnte Neoklassik. Es geht der Pluralen Ökonomik darum, auf der Metaebene für die Institutionalisierung und Entmarginalisierung der vielen Denkschulen zu sorgen und eine echte Pluralität an Ansätzen herzustellen. Wir möchten für einen fairen „Wettstreit" der Perspektiven sorgen, damit wir Lösungen für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts finden. Plurale Ökonomik ist in diesem Sinne ein akademisches und unpolitisches Projekt. Es möchte die Rahmenbedingungen und nicht die Inhalte der Diskussion bestimmen. Aus diesem Grund ist die Plurale Ökonomik keine Antwort auf die Frage, wie es mit unserer Art und Weise des Wirtschaftens weiter gehen soll.

Weiter mit der zweiten Antwort: Klimagerechtigkeit und Plurale Ökonomik passen sehr gut zusammen, ja, sie gehören sogar zusammen. Es sind die beiden Seiten einer Medaille, denn nur eine Plurale Ökonomik, also eine Wirtschaftswissenschaft, die sich als Sozialwissenschaft versteht, und viele Theorieschulen beherbergen kann, wird Lösungen für die Klimakrise generieren können. Wir argumentieren, dass die Gewinnung von Erkenntnissen behindert wird, wenn nur eine Denkschule am Werk ist. Denn klar ist: *keine* Denkschule kann allein so ein großes Forschungsfeld mit so vielen Fragezeichen bearbeiten, es braucht immer die Vielfalt an Perspektiven. Plurale Ökonomik ist die Vorstufe, mehr noch: die notwendige Bedingung, um eine Antwort auf die essenziellen Fragen zu finden, die unsere Zukunft bestimmen werden.

Als Zwischenfazit lässt sich sagen: wenn wir Wege aus der Klimakrise finden möchten und die Wirtschaftswissenschaft Teil dieses Lösungswegs sein möchte, dann muss sie sich ändern. Dann muss die Wirtschaftswissenschaft einen Prozess der Selbstreflexion beginnen und sich auf ihre Vielfalt besinnen.

Keine Denkschule kann allein so ein großes Forschungsfeld mit so vielen Fragezeichen bearbeiten, es braucht immer die Vielfalt an Perspektiven.

So weit so gut, aber was ist denn jetzt mit den Wirtschafts*systemen*? Es geht in dieser Broschüre um konkrete Handlungsvorschläge, und zwar jetzt, am besten schon gestern. Die Frage, die uns allen unter den Fingern brennt, ist doch, wie wir wirtschaften können (oder müssen!), damit unser Planet uns weiter aushalten kann und wir nicht in einem totalen Klimachaos enden, wie es sich jetzt schon abzuzeichnen beginnt.

Wir streifen hier erstens die Frage nach dem Zusammenhang und dem Verhältnis von Wissenschaft und Praxis. Denn selbst eine marxistische Ökonomik[3] kann uns zwar analytisch präzise erklären, wie das kapitalistische System funktioniert und Mensch und Natur ausbeutet – daraus resultieren aber nicht zwangsläufig konkrete Handlungsanweisungen für die Umgestaltung eines alternativen Systems. Viele neoklassische Wirtschaftswissenschaftler*innen erklären, dass sie „wertfreie" Wissenschaft machen und nicht Politik – neoklassisch und neoliberal sei, bitteschön, nicht in einen Topf zu werfen. Die Verknüpfung von neoklassischer Wirtschaftswissenschaft, neoliberaler Politik und Kapitalismus kann hier nicht geklärt werden – dazu gibt es bereits an anderer Stelle Forschung und Diskussion. Davon auszugehen, dass Wissenschaft im luftleeren Raum stattfindet ist sicherlich nicht richtig. Alle Wissenschaftler*innen haben die Aufgabe und Pflicht, ihr Wissen zu vernetzen, anzuwenden und den Nutzen des Wissens der gesamten Gesellschaft zu Verfügung zu stellen. Von der Disziplin Wirtschaftswissenschaft einen umsetzbaren Masterplan zu erwarten, ist allerdings nicht nur ein aussichtsloses Unterfangen, sondern auch nicht richtig. Lösungsvorschläge müssen aus allen wissenschaftlichen Fachrichtungen, sowie von Zivilgesellschaft und Politik kommen. Selbst die Wirtschaftswissenschaft ist unskeine umfassende Lösung für die Probleme schuldig, zu denen sie beigetragen hat. Wir alle sind gefragt.

Und das führt zur zweiten Anmerkung zu der Frage nach dem besseren Wirtschaftssystem: es gibt nicht die eine Lösung, den einen Plan, der auf dem Reißbrett entworfen und dann generalstabsmäßig umgesetzt werden kann. Genau wie wir eine Plurale Ökonomik brauchen, also eine Vielfalt von wissenschaftlichen Perspektiven auf unseren Forschungsgegenstand, genauso brauchen wir eine Vielfalt an Lösungen für unsere Ökonomie, also für die Wirtschaft. Pochen wir dennoch auf die Beantwortung der Frage „Welches Wirtschaftssystem ist das Beste für unsere Zukunft?", würde eine Antwort schon die Idee des einheitlichen Systems, einer einzigen Ordnung kritisieren. Kurz gesagt: *kein* Ökonomie-System ist das Beste, sondern ein Pluralismus der Ökonomien.

In diese Richtung wird bereits viel geforscht, überlegt und ausprobiert. Wir können hier nicht alle Ideen vorstellen, aber die Frage kann wunderbar auf der Website Exploring Economics nachgelesen werden.[4] Noch ein Gedanke zum Mitnehmen und Weiterdenken: nehmen wir mal an, sämtliche wirtschaftswissenschaftliche Fakultäten in Deutschland seien pluralisiert. Welche Antworten könnten wir erwarten, wenn sich die Vertreter*innen der Denkschulen in einen Stuhlkreis setzen und jeweils ein Statement zum Wirtschaftssystem der Zukunft geben müssten? ◂

Es gibt nicht die eine Lösung, den einen Plan, der auf dem Reißbrett entworfen und dann generalstabsmäßig umgesetzt werden kann.

1 https://deutschland.ecogood.org/de/menu-header/blog/vom-unterschied-zwischen-okonomik-und-okonomie/ (letzter Zugriff 03.10.2020).

2 https://exploring-economics.org (letzter Zugriff 03.10.2020).

3 Die marxistische Ökonomik, auch marxistische politische Ökonomik genannt, ist eine Denkschulen und zeichnet sich dadurch aus, dass sie auf den Arbeiten von Karl Marx aufbauen. Wirtschaft, Gesellschaft und Politik werden in Bezug auf und Abhängigkeit von einander untersucht, zum Beispiel anhand von Produktions- und Machtverhältnissen. Mehr unter https://www.exploring-economics.org/de/orientieren/marxismus/ (letzter Zugriff 03.10.2020).

4 https://www.exploring-economics.org/de/entdecken/wie-funktionieren-andere-wirtschaftssysteme/ (letzter Zugriff 03.10.2020).

Larissa Specht, Marion Jäger
Cradle to Cradle Tübingen

Cradle to Cradle

– Umdenken für einen positiven Fußabdruck

Cradle to Cradle (C2C) – von der Wiege zur Wiege – bezeichnet ein innovatives Umweltschutzkonzept. Jedes Produkt wird so konstruiert und gefertigt, dass nach der Nutzung alle Materialien entweder wiederverwendet werden können oder biologisch abbaubar sind. Das Konzept Müll gibt es nicht mehr. *Cradle to Cradle* wurde von dem Chemiker und Verfahrenstechniker Professor Michael Braungart und dem amerikanischen Architekten William McDonough begründet. Ziel dieses Konzepts „[...] ist eine wunderbar vielfältige, sichere, gesunde und gerechte Welt mit sauberer Luft, sauberem Wasser, sauberem Boden und sauberer Energie – eine Welt, derer wir uns in vielfacher Weise und in grenzenloser Harmonie erfreuen können".[1]

Bisher wird vorrangig nach dem *Cradle to Grave* Prinzip gewirtschaftet, also *von der Wiege zur Bahre*. Hersteller nehmen Rohstoffe, erzeugen daraus ein Produkt, das nach der Nutzung im Müll landet. Müll landet auf Deponien, in Müllverbrennungsanlagen oder in der Natur. Bei der Herstellung von Produkten werden Treibhausgase freigesetzt, die unser Klima erhitzen. Schadstoffe, die in Produkten enthalten sind, gelangen in die Luft, in Böden und Gewässer und wir nehmen sie über die Haut, die Atemwege oder über die Nahrung in uns auf. Produkte sind häufig nicht dafür gemacht, wiederverwertet zu werden. Beispielsweise enthalten die meisten Papierprodukte Schadstoffe und sogar Schwermetalle aufgrund von Druckerfarben oder Beschichtungen. Diese finden sich dann auch im Altpapier und den daraus hergestellten Produkten wie Toilettenpapier wieder.

Dem *Cradle to Grave* Prinzip steht *Cradle to Cradle*, also *von der Wiege zur Wiege*, gegenüber. Hierbei ist das Ziel, alle Produkte so herzustellen, dass sie gesund für Mensch und Natur sind. Folgende Bedingungen müssen dabei erfüllt sein:

- Alle Produkte sind schadstofffrei.
- Alle Produkte müssen von Anfang an dafür ausgelegt sein, immer wieder verwendet werden zu können, also in Kreisläufen zu zirkulieren. So wird Abfall zu Nahrung für ein neues Produkt. Materialien werden verlustfrei wiederverwertet.
- Bei der Herstellung von Produkten werden erneuerbare Energien verwendet und es gelangen keine giftigen Stoffe in die Umwelt.

Bei *Cradle to Cradle* gibt es zwei Nährstoffkreisläufe: den biologischen Kreislauf und den technischen Kreislauf. Alle Produkte, die sich abnutzen, müssen für den biologischen Kreislauf gemacht sein. Hierzu gehören unter anderem Textilien, Papierprodukte, Bremsbeläge, Möbel und Teppichböden. Auch beispielsweise Reifen und Schuhsohlen, die erhebliche Mengen an Mikroplastik in der Umwelt hinterlassen, sollten aus biologisch abbaubaren Materialien bestehen. Zu den biologischen Nährstoffen gehören beispielsweise Holz, Baumwolle, Pflanzenfasern, Bambus, biologisch abbaubare Kunststoffe, Algen und Mineralien. Abbildung 1 veranschaulicht den biologischen Kreislauf anhand eines T-Shirts, das aus ökologischen Pflanzenfasern (z. B. Baumwolle) unter der Verwendung erneuerbarer Energien hergestellt wird. Garne und verwendete Farben sind schadstofffrei. Wird das T-Shirt so lange getragen, bis es nicht mehr verwendet werden kann, kann es kompostiert werden.

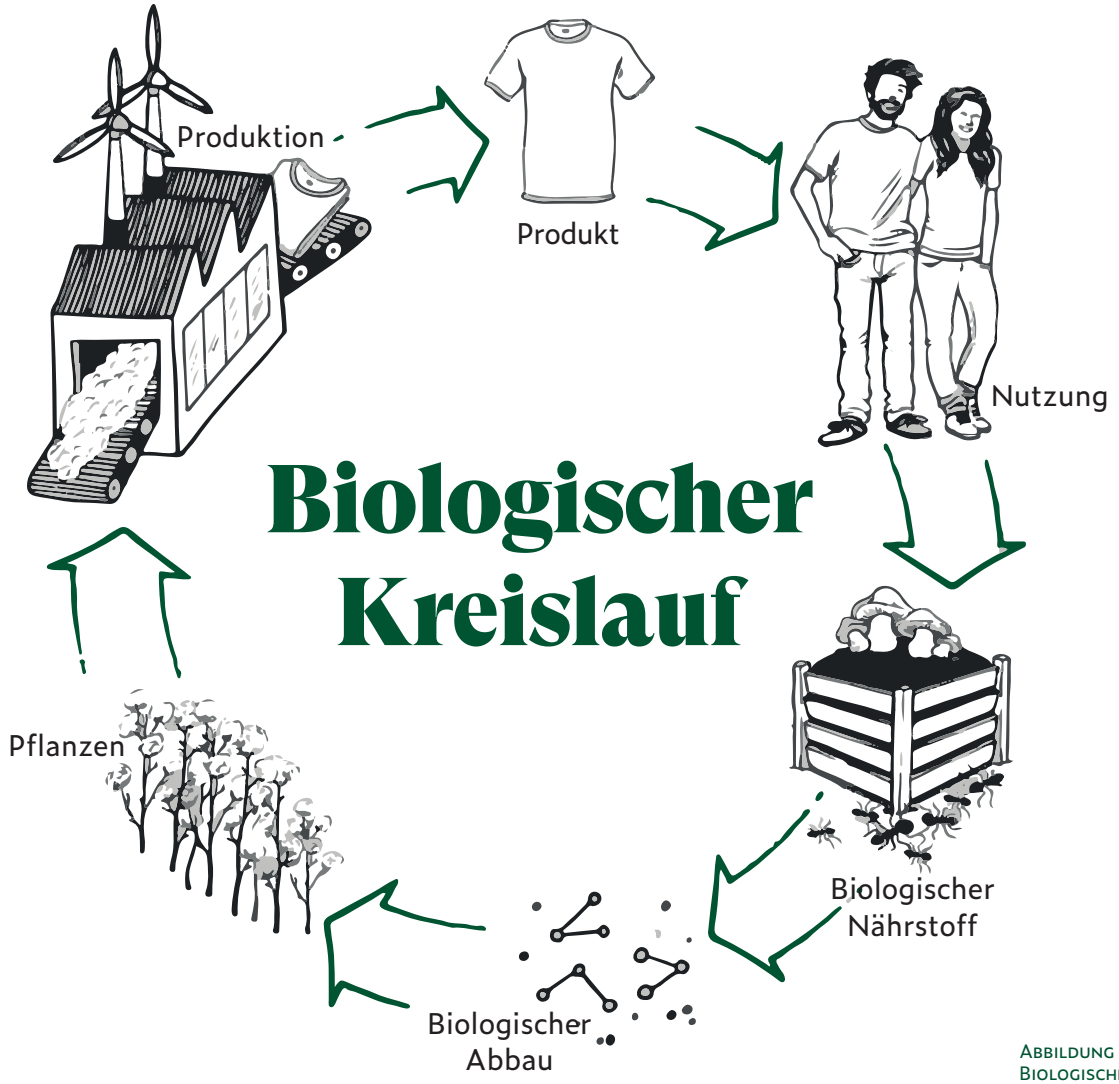


Abbildung 1:
Biologischer Kreislauf
© C2C NGO

Alle Produkte, die sich nicht abnutzen, müssen für den technischen Kreislauf gemacht sein. Hierzu gehören beispielsweise technische Geräte, Fenster, Bürostühle und Trinkflaschen. Produkte des technischen Kreislaufs bestehen aus reinen Materialien, die immer wieder zu einem neuen Produkt verarbeitet werden können. Zu den technischen Nährstoffen gehören unter anderem sortenreine Metalle, Glas sowie hochwertige und wiederverwendbare Kunststoffe. Abbildung 2 veranschaulicht den technischen Kreislauf anhand einer Waschmaschine, die aus technischen Nährstoffen unter der Verwendung erneuerbarer Energien hergestellt wird. Wenn die Waschmaschine lange genutzt wurde, landet sie nicht auf einer Elektromüllhalde, sondern wird vom Hersteller zurückgenommen. Die Einzelteile der Waschmaschine werden vollständig wiederverwertet. Hinter dem technischen Kreislauf steht die Idee: Nutzen statt besitzen. Der Hersteller verkauft nur die Dienstleistung und behält das Produkt. Nehmen wir wieder die Waschmaschine als Beispiel: man kauft 3000 Mal Waschen. Anschließend nimmt der Hersteller die Waschmaschine zurück und verwendet ihre Teile für eine neue hochwertigere Waschmaschine.

Es gibt schon viele Produkte, die nach den C2C Prinzipien hergestellt werden und auch C2C zertifiziert sind. Für die Zertifizierung muss ein Produkt die folgenden fünf Qualitätskriterien erfüllen:

1. Das Produkt besteht aus ökologisch unbedenklichen, gesunden Materialien.
2. Das Produkt muss für den biologischen oder technischen Kreislauf geeignet sein.
3. Für die Herstellung werden erneuerbare Energien verwendet.
4. Im Herstellungsprozess muss Wasser effektiv genutzt werden und sauber aus der Fabrik herauskommen.
5. Das Unternehmen muss Strategien für soziale Verantwortung fördern: Arbeiter werden fair entlohnt und kommen gesund von der Arbeit.

Zu den bislang C2C zertifizierten Produkten des biologischen Kreislaufes gehören beispielsweise T-Shirts oder Bücher. Beispiele für zertifizierte Produkte, die dem technischen Kreislauf angehören, sind Teppichfliesen, die sogar die Luft reinigen, und Trinkflaschen. Zudem gibt es auch zertifizierte Produkte, die beiden Kreisläufen angehören, wie beispielweise Reiniger, bei denen das Reinigungsmittel dem biologischen

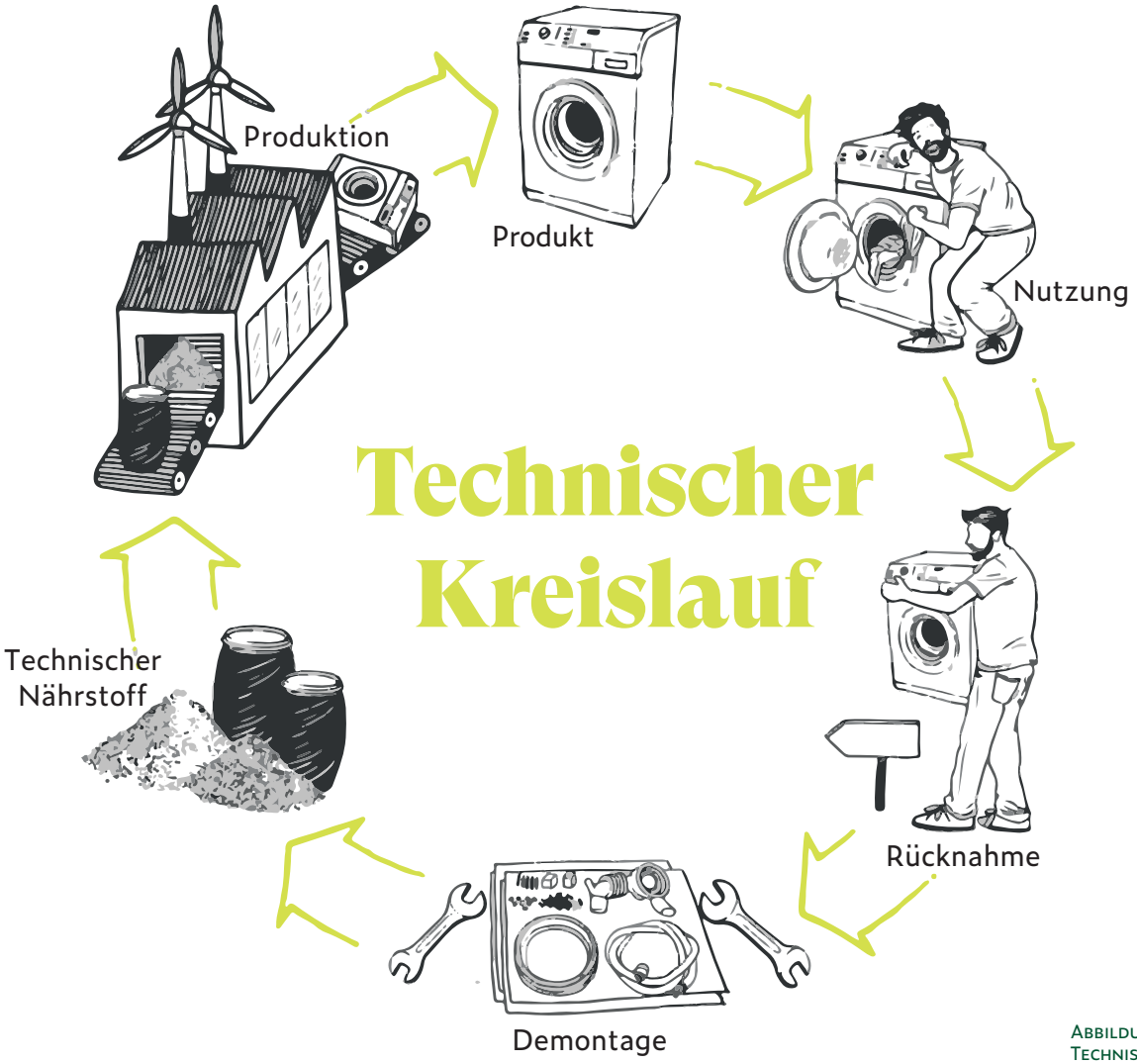


Abbildung 2:
Technischer Kreislauf
© C2C NGO

Kreislauf angehört, während das Verpackungsmaterial dem technischen Kreislauf angehört. Die Flaschen bestehen zu 100 Prozent aus Altplastik und können somit vollständig recycelt werden.
Einige C2C zertifizierte Produkte sind auf der folgenden Seite aufgelistet:
https://www.c2ccertified.org/products/registry

Cradle to Cradle ermöglicht den Menschen, für die Erde nützlich zu sein und einen positiven Fußabdruck zu hinterlassen. Bislang haben sich große Teile der Umweltbewegung hauptsächlich mit der Beschränkung unseres Handelns und der Beschreibung eines negativen ökologischen Fußabdruckes beschäftigt. Aber warum nur weniger schlecht sein, wenn wir auch gut sein können? Reduktion und Verzicht sind sicherlich erste wichtige Maßnahmen, um das Klima zu schützen und Umweltverschmutzung zu verringern. Auf lange Sicht gesehen schreitet dadurch die Erderwärmung allerdings nur etwas langsamer voran und die Welt wird etwas langsamer zum großen Müllhaufen. Daher brauchen wir ein grundlegendes Umdenken, um nicht nur weniger schlecht, sondern gut für Mensch und Natur zu sein. ◂

1 Braungart, M. & McDonough, W. (2013): Intelligente Verschwendung: The Upcycle: Auf dem Weg in eine neue Überflussgesellschaft. München: eokom Verlag. S. 26.

Braungart, M. & McDonough, W. (2016): Cradle to Cradle: Einfach intelligent produzieren. München/Berlin: Piper Verlag GmbH (4. Auflage).

https://c2c-ev.de/c2c-konzept/denkschule/ (letzter Zugriff 03.10.2020).

https://c2c-ev.de/c2c-konzept/designkonzept/ (letzter Zugriff 03.10.2020).

https://www.c2ccertified.org/get-certified/product-certification (letzter Zugriff 03.10.2020).